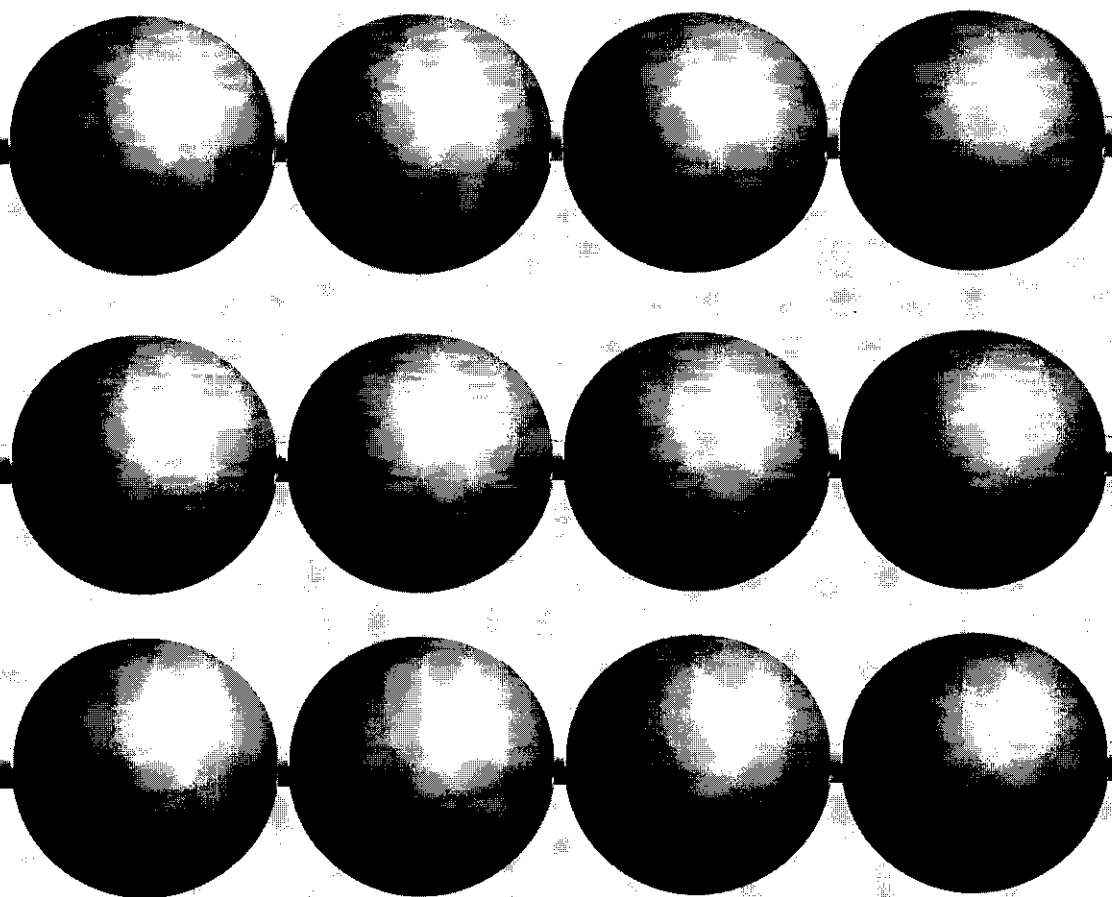


**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein**
Bibliothek
Standort Kiel

45. Jahrgang, Heft 12
Dezember 1993

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein

Öffentliche Abfallbeseitigung
Gewerbliches Betriebsvermögen



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 1141
24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
Btx * 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286
Vertrieb:
App. 280

Druck:
Hugo Hamann, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,--
Jahresbezug DM 30,--

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

45. Jahrgang

• Heft 12

• Dezember 1993

INHALT

Kurz gefaßt

186

Aufsätze

Öffentliche Abfallbeseitigung 1990

188

Einheitswerte des gewerblichen
Betriebsvermögens 1980 bis 1989

193

Entwicklung im Bild

199

Beilage

Zahlenbeilage
Bestellkarte

Neu erschienen

Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1992
Preis 25,- DM

Wachstum der Bevölkerung hält an

Die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins nahm auch im ersten Quartal 1993 zu, und zwar um 3 758 (+ 0,1 %) auf 2 683 333 Einwohner. Im ersten Quartal 1992 war die Bevölkerung um 4 051 Personen gewachsen.

Der Zuwachs im Berichtsquartal ist auf einen Wanderungsgewinn von 4 776 Personen zurückzuführen. Den 7 004 Geborenen standen 8 022 Sterbefälle gegenüber. Gegenüber dem vergleichbaren Quartal des Vorjahres hat der Sterbeüberschuß um 333 Personen zugenommen.

13 000 Vertreterinnen und Vertreter für Kreise und Gemeinden zu wählen

Bei der Kommunalwahl am 20. März 1994 sind insgesamt 13 007 Vertreterinnen und Vertreter für die Kreise und Gemeinden zu wählen, und zwar 511 in den Kreisen, 184 in den kreisfreien Städten und 12 312 in den kreisangehörigen Gemeinden. In 27 Gemeinden mit bis zu 70 Einwohnern ist keine Gemeindevertretung zu wählen. An die Stelle der Gemeindevertretung tritt hier die Gemeindeversammlung.

Für die Wahlen ist Schleswig-Holstein in 2 451 Wahlkreise eingeteilt, 63 mehr als 1990. In 305 von ihnen sind die unmittelbaren Vertreterinnen und Vertreter der Kreise zu wählen, in 100 die der kreisfreien Städte und in 2 046 die der kreisangehörigen Gemeinden.

Kräftiger Anstieg der Konkurse um 11 %

Im Zeitraum von Januar bis September 1993 wurden insgesamt 462 Konkursverfahren beantragt; das sind 46 oder 11,1 % mehr als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Von den 462 Anträgen auf Konkursöffnung wurden fast dreiviertel, nämlich 334, deswegen abgelehnt, weil die vorhandene Konkursmasse für eine ordnungsgemäße gerichtliche Verfahrensabwicklung nicht ausreichte. Die voraussichtliche Höhe der Forderungen gegen die Schuldner bei allen Konkursen wurde von den Amtsgerichten mit 477 Mill. DM (Vorjahreszeitraum: 130 Mill. DM) angegeben. Gut ein Fünftel aller angemeldeten Forderungen (104 Mill. DM) entfiel auf die mangels Masse abgelehnten Verfahren.

Die Unternehmenskonkurse erhöhten sich um 68 auf 389 Fälle (+ 21,2 %). Im Dienstleistungsgewerbe nahm die Zahl der Konkurse um 28 auf 117 Fälle (+ 31,5 %), im Handel um 23 auf 90 Fälle (+ 34,3 %)

und im Baugewerbe um 10 auf 84 Fälle (+ 13,5 %) zu. Beim Verarbeitenden Gewerbe blieben die Konkurse mit 53 Fällen (1992: 54 Fälle) annähernd gleich.

Steuereinnahmen des Landes um 283 Mill. DM gestiegen

Von Januar bis September diesen Jahres sind in Schleswig-Holstein 12,4 Mrd. DM an staatlichen Steuern vereinnahmt worden. Das entspricht einer Einnahmeverbesserung um 625 Mill. DM oder 5,3 % gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres.

Die Steuereinnahmen des Landes beliefen sich auf 6,4 Mrd. DM. Sie erhöhten sich damit um 283 Mill. DM oder 4,6 %. Die Steuereinnahmen des Bundes stiegen um 342 Mill. DM (+ 6,1 %) auf 6,0 Mrd. DM.

40 Verkehrstote im September

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Landesamtes registrierte die Polizei des Landes im September 1993 6 080 Straßenverkehrsunfälle; das waren 1 % weniger als im September 1992.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden verringerte sich um 2 % auf 1 356, die der Unfälle mit nur Sachschaden blieb nahezu gleich (4 724).

Die Zahl der Verletzten nahm um 2 % auf 1 771 ab. Es verunglückten 40 Personen tödlich, 14 mehr als im Vorjahresmonat. Eine derart hohe Anzahl von Verkehrstoten gab es zuletzt im Mai 1992.

Weniger, aber größere Betriebe

Im Mai 1993 gab es in Schleswig-Holstein 25 730 Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von 1 ha und mehr. Das waren gut 500 landwirtschaftliche Betriebe oder 2 % weniger als vor einem Jahr.

10 800 dieser Betriebe – also gut vier Zehntel – hatten eine LF von weniger als 20 ha. Ihre Zahl veränderte sich gegenüber 1992 nur unwesentlich. Bei diesen Betrieben handelt es sich vor allem um spezialisierte Gartenbau- und Veredlungsbetriebe, Nebenerwerbsbetriebe, Resthöfe und Hobbybetriebe. In der Größenklasse von 20 bis 75 ha LF verringerte sich in Jahresfrist die Zahl der Betriebe um 6 % auf 10 800. Dagegen nahm die Zahl der Betriebe ab 75 ha LF um 4,5 % auf 4 200 zu.

Diese Betriebe bewirtschafteten insgesamt 1,064 Mill. ha LF. Nahezu die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes wurden von Betrieben mit 75 und mehr ha LF bewirtschaftet.

Geringere Kohlernte, gute Rauhfutterernte

Nach den endgültigen Schätzungen der amtlichen Ernteberichterstattung wurden infolge der feucht-kühlen Spätsommer- und Herbstwitterung beim Herbst- und Spätgemüse überwiegend nicht die hohen Erträge des Vorjahres erzielt. Beim Rot- und Weißkohl blieben die Hektarerträge um gut ein Zehntel unter denen von 1992. Bei gleichzeitig stark rückläufiger Anbaufläche wurden mit 38 500 t rd. 40 % weniger Herbst- und Dauerrotkohl geerntet. Die Ernte an Herbst- und Dauerweißkohl verringerte sich dagegen infolge einer in Jahresfrist etwas größeren Anbaufläche um nur 8 % auf 204 000 t.

Im Ackerfutterbau und auf dem Dauergrünland wurden in Schleswig-Holstein überdurchschnittliche Erträge erzielt. Die gesamte Rauhfutterernte von den Klee- und Feldgrasflächen des Ackerlandes sowie den Dauerwiesen und Dauerweiden war um ein Viertel größer als in dem extrem trockenen Vorjahr. Die Grünmasseerträge des Silomaises lagen mit 370 dt/ha um 15 % über denen von 1992. Da die Fläche mit Silomais in Jahresfrist außerdem um 14 % auf 60 000 ha zunahm, erhöhte sich die Erntemenge gegenüber dem Vorjahr um 31 % auf 2,22 Mill. t Grünmasse. Dies war die größte Silomaisernte der letzten sieben Jahre.

Beschäftigtenabbau hält an

Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein meldeten Ende September 1993 rund 170 900 Beschäftigte. Damit waren 10 500 bzw. 5,8 % weniger Personen in diesem Wirtschaftsbereich tätig als vor einem Jahr. Ein Drittel dieses Rückgangs entfiel allein auf die Betriebe des Maschinenbaus, in denen binnen Jahresfrist jeder neunte Arbeitsplatz abgebaut wurde. Für das gesamte Investitionsgütergewerbe ergab sich ein Rückgang um gut 6 000 Beschäftigte (- 6,4 %). Aufgrund des nach wie vor von der recht günstigen Baukonjunktur profitierenden Bereichs der Steine- und Erden-Industrie, der im Berichtsmonat 1,4 % mehr Beschäftigte meldete als im Vorjahr, sowie des noch relativ moderaten Personalabbaus in der Chemie (- 2,3 %) wies das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe den geringsten Verlust an Arbeitsplätzen (- 800 Beschäftigte bzw. - 3,0 %) auf.

Auf der Absatzseite sorgte die Abrechnung eines größeren, für das Ausland bestimmten Schiffbauprojektes für ein insgesamt positives Ergebnis (+ 2,5 %). Die Verkäufe an inländische Kunden lagen dagegen um 2,0 % unter dem Vorjahresniveau.

Die Auftragseingänge gingen gegenüber dem September 1992 um 10,9 % zurück. Dabei fiel das Minus im ohnehin für das Gesamtergebnis bedeutenderen Inlandsgeschäft mit 12,4 % doppelt so hoch aus wie bei den Aufträgen von ausländischen Abnehmern.

Umsätze im Einzelhandel stagnieren

Der Einzelhandel Schleswig-Holsteins setzte im August 1993 nominal kaum mehr um als im August 1992. Schließt man Preisveränderungen der gehandelten Waren aus, ging der Umsatz gar um real 1,7 % zurück. Der Einzelhandel notierte für die ersten acht Monate des Jahres zusammen nominal 1,2 % und real 3,0 % weniger Umsatz als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Zahl der Beschäftigten lag im August 1993 um 0,3 % unter dem Stand vom August 1992. Im Durchschnitt der Monate Januar bis August fiel der Rückgang mit 0,4 % ähnlich hoch aus.

Fremdenverkehr im August erneut rückläufig

Im August kamen 477 000 Übernachtungsgäste in den größeren Beherbergungsstätten des Landes mit mehr als 8 Betten an, das waren 11 % weniger Gäste als noch im August 1992. Die Zahl der Übernachtungen (3,5 Mill.) war um 6 % geringer als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Rückläufige Gäste- und Übernachtungszahlen traten damit erneut in einem Monat der Hochsaison auf.

Das Übernachtungsaufkommen – seit Jahresbeginn gerechnet – entsprach dank der Vorsaison dem Stand des Jahres 1992.

Öffentliche Abfallbeseitigung 1990

Vorbemerkungen

Seit der Mensch begann, sein Leben in Produktions- und Verbrauchsgemeinschaften zu organisieren, verursachte er vermehrt Abfälle. Daß man sich demzufolge schon im Altertum über den Verbleib der Abfälle Gedanken machte, beweisen archäologische Funde in den hochentwickelten Städten der Harappa-Kulturen aus den Jahren 2500 – 1800 v. Chr. Die dort freigelegten Grundrisse der Häuser ließen Küchen erkennen, die durch einen schmalen Schacht mit einem kleinen, darunter gelegenen Raum verbunden waren. Offensichtlich handelte es sich dabei um die erste Konstruktion eines Müllschluckers, denn in den kleinen Räumen fanden die Archäologen Überreste von Küchenabfällen, die dort wahrscheinlich gesammelt wurden, um sie anschließend an Tiere zu verfüttern. Diese architektonischen Entdeckungen aus dem Altertum lassen bereits die Stichworte einer modernen Abfallwirtschaft erkennen: Im Rahmen ihrer Entsorgung sollen Abfälle vorrangig wiederverwertet und bis zum Zeitpunkt der Rückführung in den Stoffkreislauf risikolos gelagert werden.

Doch bevor diese Anforderungen an eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung zum Leitfaden moderner Umweltpolitik wurden, vergingen Jahrhunderte, in denen die Menschen wegen sorglosem und unkontrolliertem Umgang mit Abfällen von schrecklichen Epidemien heimgesucht wurden. Durch das leichtfertige und unsachgemäße Einleiten von Abfällen in die Kanalisation verbreiteten sich im Mittelalter Seuchen wie Cholera, Paratyphus oder Ruhr, die die Bevölkerung stark reduzierten. Da man schon damals die Ursachen dieser Infektionskrankheiten kannte, forderte man durch Verbote und Androhung hoher Geldstrafen die Bürger zu Reinhaltung der Straßen und Abwasserkanäle auf. So hatte nach einer Verordnung von 1370 in München derjenige, der vor seiner Tür oder auf die Straße Mist oder Kehricht geschüttet und nicht am selben Tag entfernt hatte, der Stadt 36 Pfennig, dem Stadtrichter 7 Pfennig und dem Stadtdiener 12 Pfennig zu entrichten. Zu gleicher Zeit versuchte man, die Sauberkeit der Städte durch Pflasterung der Straßen und Marktplätze zu erhöhen, sowie die Müllbeseitigung zentral zu steuern.

Doch weniger diese Maßnahmen, sondern viel mehr die naturwissenschaftlichen und hier speziell die medizinischen Erkenntnisse der Neuzeit drängten zumindestens in den entwickelteren Industrieländern die todbringenden Infektionskrankheiten zurück. Die Erfolge der Naturwissenschaftler und Mediziner führten allerdings dazu, daß für lange Zeit das Ent-

stehen und Beseitigen der Abfälle als unproblematisch eingeschätzt wurden. Erst als sich in den letzten Jahrzehnten unserer Zeit verstärkt herausstellte, daß Abfälle zwar weniger direkt Krankheiten verursachen, dafür mehr indirekt über die Belastung der Umwelt auf die Gesundheit der Menschen schädigend einwirken, ging man daran, die Abfallentsorgung neu zu organisieren. Das wurde auch schon deshalb zwingend notwendig, weil als Folgen des wachsenden Wohlstandes einer „Wegwerfgesellschaft“ die Abfallmengen einen Umfang angenommen haben, die alle bislang vorgehaltenen Entsorgungskapazitäten weit übertreffen. Neben diesem Quantitätsaspekt stellen sich auch verstärkt Qualitätsprobleme der Abfallwirtschaft ein, denn im Zuge der modernen Industrieproduktion entstehen Problemabfälle, die schon in geringen Mengen das Allgemeinwohl der Menschen gefährden können.

Diese Entwicklung führte zu einer Hauptaufgabe des Umweltschutzes, nämlich Abfälle entweder zu vermeiden oder sie schadlos für die Umwelt und wirtschaftlich zweckmäßig zu entsorgen.

Rechtsvorschriften

Wie die umweltpolitischen Ziele einer modernen Abfallwirtschaft erreicht werden sollen, regelt das Gesetz über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz). Das in diesem Bundesgesetz verfaßte Vermeidungsgebot kann durch Rechtsverordnungen konkretisiert werden, wenn Appelle und Empfehlungen an die Abfallverursacher erfolglos bleiben. Dagegen sind die rechtlichen Bestimmungen über den gesamten Entsorgungsvorgang sehr ausführlich formuliert. Unter Abfallentsorgung versteht der Gesetzgeber die Verwertung und Beseitigung der Abfälle. Hierbei hat in letzter Zeit die Verwertung gegenüber der Beseitigung an Bedeutung gewonnen, und zwar einmal wegen der begrenzten Ablagerungskapazitäten der Deponien, zum anderen wegen der möglichen toxischen Reststoffe, die bei unzureichender Abdichtung der Deponie das Grundwasser oder bei Verbrennung die Luft belasten. Vor dem Hintergrund dieses Gefahrenpotentials hat die Beseitigung von Abfällen – gemeint ist das Einsammeln, Befördern, Behandeln und Lagern der Abfälle – so zu erfolgen, daß das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird und die Möglichkeiten der Abfallverwertung genutzt werden können.

Um die im Abfallgesetz beschriebenen Ziele einer sach- und ordnungsgemäßen Abfallbeseitigung zu

erreichen, benötigen die Entscheidungsträger Planungsdaten. Mit dem Umweltstatistikgesetz wurde die Rechtsgrundlage für ein umfassendes statistisches Instrumentarium geschaffen, das neben anderen Statistiken über die Umwelt auch die Erhebung über die öffentliche Abfallbeseitigung anordnet. Diese Erhebung liefert Daten über die Abfälle, die durch den Konsum der privaten Haushalte verursacht werden. Die Abfälle im Produzierenden Gewerbe und in Krankenhäusern werden gesondert erfaßt. Die Ergebnisse dieser Statistik sind nicht Gegenstand dieses Aufsatzes. Wie alle Umweltstatistiken wird auch die öffentliche Abfallstatistik nach einem bundeseinheitlichen Konzept seit 1975 durchgeführt, und zwar bis 1984 alle zwei Jahre, danach im Dreijahresrhythmus.

Die hier vorgelegten statistischen Ergebnisse beschreiben das Aufkommen der öffentlichen Abfallbeseitigung. Hierzu sind die Transporteure der öffentlichen Müllabfuhr nach dem von ihnen eingesammelten und beförderten Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfall und Sperrmüll sowie die im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr beauftragten Einsammler von verwertbaren und schadstoffhaltigen Abfällen befragt worden.

In Schleswig-Holstein sind die kreisfreien Städte und Kreise für die Abfallbeseitigung zuständig. Die von ihnen formulierten Satzungen über die Abfallbeseitigung verpflichten die Eigentümer bewohnter sowie gewerblich, industriell oder landwirtschaftlich genutzter Grundstücke zum Anschluß an die öffentliche Abfallentsorgung. Da Ausnahmen von dieser Regelung nur in begründeten Einzelfällen erteilt werden, kann der Entsorgungsgrad der schleswig-holsteinischen Haushalte für Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle und Sperrmüll mit 100 % beziffert werden. In den Satzungen wird weiterhin festgelegt, welche Abfälle von der öffentlichen Entsorgung ausgeschlossen werden. Das trifft vor allem auf Massenabfälle wie Bauschutt und Bodenaushub oder auf Sonderabfälle von gewerblichen Betrieben zu, für deren schadhafte Entsorgung der Abfallbesitzer selbst verantwortlich ist. Schadstoffhaltige Abfälle aus Privathaushalten wie z. B. Altöl, Altmedikamente sowie Altfarben sollen ebenfalls nicht direkt der öffentlichen Müllabfuhr zugeleitet werden, sondern entweder an den Erzeuger und Handel zurückgegeben oder den im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr dafür eingerichteten Schadstoffsammelstellen zugeführt werden. Auch bei den wiederverwertbaren Stoffen wie Altpapier und Altglas sind die privaten Haushalte aufgefordert, nicht die Graue Tonne der öffentlichen Müllabfuhr zu nutzen, sondern diese Stoffe in öffentlich zugänglichen Stellen zu sammeln. Durch die getrennte Sammlung der schadstoffhaltigen Abfälle und wiederverwertbaren Stoffe soll die öffentliche Müllabfuhr weniger Hausmüll entsorgen müssen.

Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Sperrmüll

1990 waren in Schleswig-Holstein 66 Transportunternehmen für eine flächendeckende Entsorgung des Hausmülls, der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle sowie des Sperrmülls – im weiteren kurz Müll genannt – zuständig. Mehrheitlich nutzten die Kreise und kreisfreien Städte ihr Delegationsrecht und beauftragten private Transporteure mit der Entsorgung des Mülls, so daß von Transportunternehmen nur noch 17 in öffentlicher Trägerschaft standen. Nach Angaben der 66 Transporteure wog 1990 das eingesammelte Müllaufkommen 1,09 Mill. t, das sind 3,0 % mehr als 1987. Dieser Zuwachs wurde sicher durch die Entwicklung der Bevölkerung begünstigt, die im gleichen Zeitraum um 2,8 % auf 2 626 127 Einwohner am 31.12.1990 stieg. Daraus ergibt sich für 1990 eine durchschnittliche Müllmenge von 417 kg je Einwohner, für 1987 errechnete sich eine Menge je Einwohner in Höhe von 416 kg.

Die im Berichtsjahr 1990 gegenüber 1987 leicht gestiegene Pro-Kopf-Müllmenge zeigt die Schwierigkeit auf, mit Hilfe von Appellen den Müllberg abzubauen. Offensichtlich führten die Aufrufe an die Produzenten, ihre Erzeugnisse sparsamer zu verpacken sowie verstärkt Mehrweg-Verpackungen anzubieten, genauso wenig zum gewünschten Ergebnis wie die Aufforderungen an die privaten Haushalte, abfallbewußter einzukaufen. Dabei waren 1990 wie auch 1987 die in den Haushalten tatsächlich angefallenen Müllmengen sogar höher als hier ausgewiesen, und zwar deshalb, weil durch die vermehrt bereitgestellten Sammelsysteme immer mehr Haushalte die Gelegenheit nutzten, ihren Hausmüll von wiederverwertbaren und schadstoffhaltigen Stoffen qualitativ wie aber auch quantitativ zu entfrachten. Diese Reststoffe und Abfälle sind in der von den Transporteuren eingesammelten Müllmenge nicht mitgezählt. Die wiederverwertbaren und schadstoffhaltigen Stoffe, die im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr getrennt vom Hausmüll eingesammelt werden, werden vielmehr wie 1987 auch 1990 gesondert erfaßt. Inwieweit sich durch den nach 1990 flächendeckenden Ausbau des Dualen Systems das Aufkommen der Verpackungsabfälle und damit die Müllmenge verändert haben, kann erst im Rahmen der nächsten Abfallstatistik dargestellt werden.

Gerade bei einem temporalen Vergleich der eingesammelten Müllmenge muß an dieser Stelle auf Einflußgrößen hingewiesen werden, die eine eindeutige Aussage über ein verändertes „Abfallverhalten“ der Haushalte erschweren. Zunächst können die Bestimmungen der Kreissatzungen den Umfang der Müllmenge verändern, wenn z. B. bestimmte Abfallarten von der öffentlichen Müllabfuhr zusätzlich ausgeschlossen werden. Auch das in der Satzung festge-

legte Volumen der Abfallgefäße kann bei gleichem „Abfallverhalten“ der Haushalte das Abfallaufkommen beeinflussen, nämlich nach dem Motto, das Angebot schaffe sich die Nachfrage. Besonders große Behälter nutzen die Haushalte, auch Abfälle wie z. B. Buschwerk in die Mülltonne zu packen, die durch Satzung von der öffentlichen Müllabfuhr ausgeschlossen sind. Dagegen bewirken kleine Abfallgefäße vielleicht eine verstärkte Abfallauslese und damit eine Entfrachtung des Hausmülls.

Hinzu kommt, daß die Transporteure nicht immer in der Lage sind, die Gewichte der eingesammelten Abfälle anzugeben, so daß das Gewicht der Abfälle in diesen Fällen geschätzt werden muß. Zu größeren Ungenauigkeiten kommt es, wenn der Hausmüll in den kleinen Behältern gepreßt wird oder zu große Mülltonnen nur halbvoll abgeholt werden. Wenn sich die Transporteure wegen fehlender Erfahrung nicht in der Lage sehen, das Gewicht des Abfalls zu schätzen, wird dieser Wert mit Hilfe spezifischer Gewichte errechnet; ein Verfahren, das wegen der sehr heterogenen Struktur des Hausmülls nicht unproblematisch ist.

Schließlich müßte man auch die Müllstruktur untersuchen, denn die Ursachen für quantitative Veränderungen sind für den Hausmüll andere als für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle oder für den Sperrmüll. Da die Mengen der drei Einzelpositionen bei der Befragung der Transporteure zusammengefaßt werden, ist eine abfallspezifische Analyse jedoch nicht möglich. Sicher aber kann davon ausgegangen werden, daß das konjunkturbedingte Konsumverhalten der Haushalte eine Rolle für die Höhe des Müllaufkommens spielt, und zwar unabhängig davon, um welche Müllart es sich handelt. Das Jahr 1990 war durch eine sehr günstige Verbrauchskonjunktur gekennzeichnet. Lohnerhöhungen, Steuersenkungen durch den Vollzug der dritten Stufe der Steuerreform sowie vermehrter Einkommenstransfer aus den öffentlichen Haushalten wegen des verstärkten Zuwandererstroms ließen das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 1990 um etwa 8 % gegenüber dem Vorjahr ansteigen. Auch unter Berücksichtigung der Teuerungsrate war das die günstigste Entwicklung der verfügbaren Einkommen der vorangegangenen Aufschwungjahre. Auf der Grundlage des expandierten Einkommens stieg 1990 auch der private Verbrauch der Haushalte, und zwar in den alten Bundesländern gegenüber 1987 real um über 11 %.

Das Pro-Kopf-Abfallaufkommen war in den einzelnen kreisfreien Städten und Kreisen Schleswig-Holsteins sehr unterschiedlich. Extrem viel Müll und damit deutlich mehr als im Landesdurchschnitt von 417 kg wurde von den Haushalten der Kreise Ostholstein (635 kg) und Nordfriesland (532 kg) eingesammelt. Die These, daß in Ballungszentren eine anonyme

Haushaltsführung vielleicht zu einem großzügigeren Nutzen der aufgestellten Mülltonne verleiten könnte, erklärt diese Spitzenwerte nicht, denn beide Kreise zählen nicht zu den bevölkerungsdichtesten Regionen Schleswig-Holsteins. Das überproportional hohe Abfallaufkommen pro Kopf in Ostholstein wie auch in Nordfriesland hat vielmehr mit dem Fremdenverkehr in beiden Kreisen zu tun. Von den rd. 3,8 Mill. Gästen, die 1990 in schleswig-holsteinischen Hotels oder Gasthöfen mit 9 und mehr Betten ihren Urlaub verbrachten, buchten 23 % ihre Quartiere in Ostholstein und 17 % in Nordfriesland. In allen anderen Kreisen und kreisfreien Städten lag der Anteil der Gäste unter 11 %. Hinzu kommen die Feriengäste auf den Campingplätzen. Auf den Campingplätzen Schleswig-Holsteins zählte man 1990 2,6 Mill. Gäste, allein in Ostholstein davon knapp 40 %. Das sind auch gegenüber Nordfriesland (5,4 %) deutlich mehr Campingurlauber, was auch erklärt, daß das besonders hohe Pro-Kopf-Müllaufkommen in Ostholstein (635 kg) um immerhin gut 100 kg über der zweithöchsten Pro-Kopf-Menge lag. Der Fremdenverkehr führt saisonal viele Menschen in die Urlaubsgebiete, ohne daß sich das in der amtlichen Bevölkerungszahl niederschlägt. Vermutlich konsumieren die Feriengäste auch abfallintensiver, als sie es zu Hause tun.

Über dem Landesdurchschnitt von 417 kg lagen die Pro-Kopf-Abfallmengen auch in den Kreisen Herzogtum-Lauenburg (471 kg), Stormarn (464 kg), Segeberg (438 kg) und Lübeck (427 kg). In der Landeshauptstadt Kiel sammelte man je Einwohner 412 kg Müll ein, in Flensburg 406 kg. In den übrigen Kreisen errechneten sich Pro-Kopf-Abfallmengen zwischen Werten von 373 kg in Schleswig-Flensburg und 298 kg in Pinneberg.

Verwertbare Stoffe

Zur Entfrachtung des Hausmülls werden im Rahmen der öffentlichen Abfallbeseitigung verwertbare und schadstoffhaltige Abfälle getrennt eingesammelt. Für diese nach 1987 zum zweitenmal durchgeführten Statistik sind die öffentlich beauftragten Einsammler auskunftspflichtig. Daneben sollten auf freiwilliger Basis auch die Firmen antworten, die eine Erlaubnis hatten, außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung mit Hilfe von jedermann zugänglichen Sammelsystem gewerblich Altpapier und Altglas einzusammeln. Sammelaktionen von Altpapier oder Altkleidern durch gemeinnützige Organisationen wie z. B. das Rote Kreuz sind in diese Erhebung nicht einzubeziehen.

Das Angebot von Sammelstellen für verwertbare Abfälle ist in den letzten Jahren verstärkt genutzt und – worüber allerdings die Statistik keine Aussage treffen kann – auch ausgeweitet worden. Im Jahre 1990 gelangten 179 746 t verwertbare Abfälle in die

dafür eingerichteten Sammelsysteme, rd. 41 % mehr als 1987. Die weitaus größten Mengen entfielen erwartungsgemäß auf die beiden Recyclingstoffe Altpapier und Altglas. Die Menge verwertbaren Papiers betrug 1990 knapp 90 000 t, das damit die Hälfte aller eingesammelten verwertbaren Abfälle ausmachte. Dieser Anteil erhöht sich auf fast 90 %, wenn zum Altpapier die Altglasmengen von über 70 000 t hinzugezählt werden.

Der ökonomische Anreiz, Altpapier und Altglas zu sammeln, um diese Stoffe gewinnbringend an den Altstoffhandel abzugeben oder direkt an das Verarbeitende Gewerbe zu verkaufen, war offensichtlich recht gering. Die Firmen, denen erlaubt war, außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung über jedermann zugängliche Sammelsysteme beide Recyclingstoffe einzusammeln, meldeten rd. 6 500 t Altpapier und knapp 1 000 t Altglas. Das sind für Altpapier rd. 7 % der insgesamt eingesammelten Altpapiermenge, während sich für Altglas sogar nur ein Anteil von rd. 1 % errechnet. Gegenüber 1987 verringerten sich diese Quoten, nämlich für Altpapier um gut 8 Prozentpunkte und für Altglas um über 3 Prozentpunkte. Diese Entwicklung kann durch einen Preisverfall für Altglas und Altpapier und durch den verstärkten Ausbau der Sammelsysteme im Rahmen der öffentlichen Abfallentsorgung erklärt werden.

Gemessen am Aufkommen von Altpapier und Altglas fielen die übrigen verwertbaren Abfallmengen bescheiden aus. Von den knapp 180 000 t Wertstoffen waren 13 710 t oder 7,6 % kompostierbare organische Abfälle, 3 719 t (2,1 %) Altmetalle und 2 436 t (1,4 %) Kunststoffe. Gegenüber 1987 hat vor allem die Menge der kompostierbaren organischen Abfälle deutlich zugenommen, nämlich um rd. 150 %. Etwa 84 % dieser Wertstoffmenge wurde dabei in den kreisfreien Städten Lübeck und Neumünster eingesammelt. In beiden Städten sind im Rahmen sozialer Dienste bereits zum Zeitraum dieser Erhebung Entsorgungswege wie die Komposttonne angeboten worden, um so kompostierbare organische Abfälle getrennt vom Hausmüll einzusammeln. In Flensburg und Kiel wie auch in der Mehrzahl der Kreise führte man auf freiwilliger Basis die Braune Komposttonne erst nach 1990 ein. Dabei hängt der Umfang der eingesammelten kompostierbaren Abfallmengen auch von der Möglichkeit der Eigenverwertung von Küchenabfällen und Pflanzenresten ab. Für die Haushalte der Ballungszentren sind die Voraussetzung der Eigenkompostierung deutlich ungünstiger als in den weniger dicht besiedelten Gebieten, so daß dort die Form der Entsorgung von Kompostabfällen eher ohne öffentliche Sammeldienste erfolgen kann als in den Ballungszentren. Die Menge eingesammelter Kunststoffe ist um 17 % auf die oben genannte Menge gestiegen, während das Altmetallaufkommen um fast 30 % zurückgegangen ist.

Die Wertstoffe wurden vor allem an weiterverarbeitende Betriebe im Inland abgegeben, wenn auch nicht in dem Umfang von 1987. 1990 lag dieser Anteil bei 42 % und damit um 17 Prozentpunkte unter dem Ergebnis der vorangegangenen Erhebung. Der Altstoffhandel, der die verwertbaren Abfälle als Wirtschaftsgut deklariert und es als solches an das Verarbeitende Gewerbe weitergibt, nahm 26 % aller eingesammelten Wertstoffe auf, 3 Prozentpunkte weniger als 1987. Ebenfalls nur als Zwischenstadium der Entsorgung muß der Weg der verwertbaren Abfälle zu den Sortieranlagen angesehen werden. Diese Anlagen nahmen 1990 18 % der knapp 180 000 t Wertstoffe auf. In der vorangegangenen Erhebung war diese Form des Verbleibs der Wertstoffe nicht erfragt worden, was vielleicht den damals deutlich höheren Anteil Wertstoffe erklärt, der an weiterverarbeitende Betriebe abgegeben wurde. Zu den direkt an die Gewerbebetriebe überführten Wertstoffmengen hatten die Einsammler 1987 wahrscheinlich auch die Mengen gezählt, die man dorthin beabsichtigte abzugeben, und zwar nach dem Sortieren an einer entsprechenden Anlage. An allen anderen Abfallentsorgungsanlagen zählte man im letzten Erhebungsjahr knapp 10 % aller erfaßten verwertbaren Abfälle; knapp zwei Drittel davon wurden von Kompostierungsanlagen aufgenommen. Deutlich zurückgegangen sind die Mengen Wertstoffe, die in das Ausland exportiert wurden, nämlich anteilig von 9 % im Jahre 1987 auf 4 % 1990.

Schadstoffhaltige Abfälle

Die im Rahmen der öffentlichen Müllentsorgung beauftragten Einsammler meldeten für 1990 eine schadstoffhaltige Abfallmenge von 1 746 t und damit 14 % mehr als 1987. Wie bei den verwertbaren Abfällen ist diese Entwicklung sicher durch ein vermehrtes Angebot von Sammelstellen und der gestiegenen Bereitschaft der Haushalte begründet, den Hausmüll von Problemabfällen zu entfrachten. Die Bereitschaft der Haushalte, Schadstoffe wie auch Wertstoffe getrennt vom Hausmüll einzusammeln, ist dann besonders groß, wenn die Sammelsysteme bequem erreichbar und vielfältig nach Abfallarten unterteilt sind. Die Organisation der Sammelstellen befand sich 1990 noch im Aufbau und hatte in den Kreisen und kreisfreien Städten einen unterschiedlichen Stand. Das erklärt wohl auch die deutlichen Differenzen hinsichtlich der eingesammelten Schadstoffmengen. Die Extremwerte errechneten sich für die kreisfreie Stadt Flensburg, auf die 1,2 % der insgesamt eingesammelten schadstoffhaltigen Abfälle entfielen und für den Kreis Segeberg mit einem Anteilswert von über 15 %.

Die 1990 erfaßten 1 746 t schadstoffhaltigen Abfälle wurden mit Hilfe von mobilen, periodisch wiederkehrenden Sammelstellen (56 %), durch stationäre Systeme wie ortsfeste Annahmestellen (41 %) oder durch Depotcontainer (3 %) eingesammelt. Problemstoffe, die von den Haushalten direkt an den Handel und an die Wirtschaft zurückgegeben werden, sind in dieser Statistik nicht enthalten.

Durch die oben genannten Sammelsysteme entfrachteten die Haushalte ihren Müll vor allem von Altfarben und -lacken. Knapp 40 % der eingesammelten Schadstoffe gehörten zu dieser Schadstoffart. Für die übrigen beim Einsammler direkt abgefragten Problemabfälle errechneten sich folgende Anteile: Altöl 15 %, Kleinbatterien 12 %, Autobatterien 11 %, Altmedikamente 8 %, Pflanzenbehandlungsmittel 3 %, Lösemittel 2 % sowie Säuren und Laugen 0,2 %. Weitere Abfälle wie Spraydosen oder Leuchtstoffröh-

ren, die unter der Merkmalsausprägung „sonstige schadstoffhaltige Abfälle“ zusammengefaßt wurden, hatten einen Anteil von 10 %. Neben diesen in Tonnen gewichteten Schadstoffen gaben die Haushalte noch über 52 000 ausgediente Kühlgeräte ab.

Am Beispiel der Abfallart Kühlschrank wird der Mangel deutlich, das Gefahrenpotential eines Schadstoffs auf die Umwelt mit Hilfe des Gewichts darzustellen. Unzweifelhaft kann der Umweltschaden durch eine unsachgemäße Beseitigung eines „leichten“ Schadstoffs wie z. B. weniger Liter Altöl – ein Liter Altöl verseucht eine Million Liter Wasser – größer sein als durch schadhafte, gewichtige Kühlschränke. Da aber die Quantifizierung der Schädlichkeit der Problemabfälle sehr kompliziert ist, beschränkt man sich in den Abfallstatistiken auf Mengenangaben.

Fritz Wormeck

Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens 1980 bis 1989

Das Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966, geändert durch das erste Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294), bestimmt, daß in Verbindung mit der Hauptfeststellung der Einheitswerte nach dem Stand zum jeweiligen Hauptfeststellungszeitpunkt eine Bundesstatistik durchzuführen ist. Ein solcher Zeitpunkt war der 1.1.1989. Da die Daten – als Sekundärstatistik – aus den Bescheiden gewonnen und dem Statistischen Landesamt von der Finanzverwaltung per Datenträger zur Verfügung gestellt werden, unterliegt diese Statistik dem zeitlichen Ablauf dieser Arbeiten in der Finanzverwaltung. Die Aufbereitung der Daten kann erst abgeschlossen werden, nachdem die z. T. mehrjährigen Feststellungsarbeiten bei den Finanzämtern durchgeführt worden sind. Wenn auch darunter die Aktualität leidet, die Hauptbedeutung liegt in der Bereitstellung von Strukturdaten.

Die Rolle der Einheitswerte

Eine zeitnahe Besteuerung von Vermögenstatbeständen setzt eine Bewertung in regelmäßigen Zeitabständen voraus, die man Hauptfeststellungszeiträume nennt. Vermögen ist seiner Natur nach, anders als etwa Einkommen oder Umsatz, eine Bestandsgröße. Die Bewertung von Vermögen ist schwierig und aufwendig, sie findet deshalb nur alle drei Jahre statt, und zwar zu einem für alle Steuerpflichtigen einheitlichen Termin. Die dann festgesetzte Jahressteuer bleibt für diesen Zeitraum konstant. Den Vorgang der Steuerfestsetzung nennt man, wie bei anderen Steuerarten auch, Veranlagung. Handelt es sich um die dreijährliche Neufestsetzung, spricht man von Hauptveranlagung. Zusammen mit dieser Hauptveranlagung werden Hauptfeststellungen der Einheitswerte für die wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens durchgeführt.

Die so festgestellten Einheitswerte der gewerblichen Betriebe gelten einheitlich – im Falle des Betriebsvermögens – für die Vermögens-, Grund- und Gewerbesteuer. Weitere Einheitswerte werden darüber hinaus noch festgestellt für Mineralgewinnungsrechte und für den Grundbesitz einschließlich der Betriebsgrundstücke. Auf die Grundbesitzbewertung (zuletzt zum 1. Januar 1964 durchgeführt) soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Festzuhalten bleibt, daß ein Termin für eine neue Einheitsbewertung des Grundvermögens nicht fest-

steht. Der Hauptfeststellung der Einheitswerte des Betriebsvermögens liegen somit für die Betriebsgrundstücke – wie bereits ausgeführt – die auf den Wertverhältnissen von 1964 basierenden Einheitswerte zugrunde. Um das gestiegene Wertniveau in etwa zu berücksichtigen, wird der Einheitswert von 1964 mit einem Zuschlag von 40 % angesetzt.

Die Hauptfeststellung der Mineralgewinnungsrechte – das sind Rechte, Bodenschätze aufzusuchen und zu gewinnen – wird alle sechs Jahre vorgenommen; die dabei festgestellten Werte sind, sofern sie einem gewerblichen Betrieb zugehören, bei der Festsetzung des Einheitswertes auch dieses gewerblichen Betriebes anzuwenden. Die folgende Übersicht zeigt zusammenfassend die Termine auf, zu denen die Hauptfeststellungen der Einheitswerte stattgefunden haben, und die Jahre der Anwendung dieser Wertansätze bei der Vermögenssteuerhauptveranlagung. Die nächste Hauptfeststellung ist auf den 1.1.1993 angesetzt, so daß mit den nächsten Ergebnissen erst 1996 zu rechnen ist.

Einheitswerte - Hauptfeststellungen			Vermögenssteuer-Hauptveranlagung
Grundbesitz	Mineralgewinnungsrechte	Betriebsvermögen	
1964	1977		1977
			1980
	1983		1983
			1986
	1989		1989
			1993

Entwicklung in den 80er Jahren

Im Gegensatz zu der in der Betriebswirtschaftslehre und auch in der amtlichen Statistik sonst üblichen Darstellung des Betriebes als örtlich begrenzte technisch-wirtschaftliche Organisationseinheit umfaßt der Gewerbebetrieb nach dem Bewertungsgesetz überwiegend das Gesamtunternehmen. Dies hat den Vorteil, daß man mit den aus der Einheitswertstatistik verfügbaren Merkmalen ein Bild der erfaßten Betriebe darstellen kann, das dem der Bilanz eines Unternehmens sehr nahe kommt. Die Summe der Aktivpo-

Betriebe, Rohbetriebsvermögen und Einheitswerte

Hauptfeststellungszeitpunkt 1. Januar ...	Betriebe	Rohbetriebsvermögen	Einheitswerte
	Anzahl	Mill. DM	
1977	44 276	66 114	12 536
1980	31 087	62 934	12 377
1983	23 703	65 338	12 008
1986	21 464	117 227	16 650
1989	21 715	101 712	20 250

sten bildet das Rohvermögen (Bilanzsumme). Zieht man davon die Schuldposten und die Schachtelbeteiligungen ab, erhält man den Einheitswert.

Die Zahl der bewerteten Unternehmen ging zwischen 1977 und 1986 kontinuierlich zurück. Der Rückgang hatte überwiegend steuerrechtliche Gründe. Ab 1. Januar 1980 waren nur noch Betriebe erklärungspflichtig, deren Gewerbekapital den Freibetrag von 60 000 DM überstieg. Das bedeutete, daß für zahlreiche kleine und mittlere Betriebe keine Erklärungspflicht zur Einheitswertfeststellung mehr bestand.

Mit der Verdoppelung des Freibetrages auf 120 000 DM ab 1.1.1983 wurden weitere Betriebe in der Statistik nicht berücksichtigt. Ein weiterer Grund für diesen Rückgang ergab sich darüber hinaus aus der Gewerbekapitalberechnung selbst. Nach dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 waren bei der Ermittlung des Gewerbekapitals die Dauerschulden nur noch zu 60 % anzurechnen. Ging die Zahl 1980 gegenüber 1977 um 29,8 % auf 31 087 zurück, so sank sie 1983 gegenüber 1980 noch einmal um 23,8 %. Die teilweise Anrechnung der Dauerschulden und die Anhebung der Erklärungspflichtgrenze führten dazu, daß 1983 die Anzahl der bewerteten Betriebe nur noch 23 703 betrug.

Der weitere Rückgang zwischen 1983 und 1986 um gut 9 % ist ebenfalls auf zahlreiche Änderungen des Bewertungs- und Vermögenssteuerrechts zurückzuführen. Auf die Einzelheiten der Steuerentlastungsgesetze 1984 und der Steuerbereinigungsgesetze 1985 und 1986 soll hier nicht weiter eingegangen werden¹. Sie brachten jedoch wesentliche Minderungen bei der Vermögensteuerbelastung des Betriebs-

¹ einen ausführlichen Überblick enthält die Dokumentation in der Fachserie 14, „Finanzen und Steuern“, Reihe 7.5.1 des Statistischen Bundesamtes, erschienen im Sommer 1991

vermögens. Von Bedeutung ist der neue § 117 a im Bewertungsgesetz. Danach bleibt Betriebsvermögen, das im Rahmen der Einheitsbewertung als Teil des Gesamtvermögens festgestellt und im Ergebnis insgesamt positiv ist, bis zu einem Betrag von 125 000 DM außer Ansatz. Übersteigt das Betriebsvermögen diesen Betrag, so ist es nur mit 75 % anzusetzen. Gehört zu einem Betriebsvermögen das sogenannte Handelsschiffsvermögen, dann bleibt ein beim übrigen Betriebsvermögen nicht verbrauchter Freibetrag bis zu maximal 125 000 DM steuerfrei, und der darüber hinausgehende Betrag wird nur mit 50 % angesetzt. Eine weitere bedeutsame Änderung im Bewertungsgesetz stellt die Herabsetzung der für begünstigte Schachtelbeteiligungen maßgebenden Grenze für Beteiligungen von 25 auf 10 % dar.

Anteile der Betriebe und ihrer Einheitswerte 1980 bis 1989 nach Einheitswertgrößenklassen in %

Einheitswertgrößenklassen von ... bis unter ... DM	Hauptfeststellungszeitpunkt			
	1.1.80	1.1.83	1.1.86	1.1.89
<i>Betriebe</i>				
Unter 10 000	9,4	6,3	3,8	2,8
10 000 - 50 000	32,2	26,2	20,4	17,1
50 000 - 100 000	20,2	19,7	22,7	22,9
100 000 - 500 000	29,2	35,7	38,3	40,2
500 000 - 1 Mill.	4,2	5,5	6,3	7,3
1 Mill. - 5 Mill.	3,8	5,1	6,3	6,9
5 Mill. - 10 Mill.	0,6	0,8	1,1	1,3
10 Mill. - 50 Mill.	0,4	0,5	0,9	1,2
50 Mill. - und mehr	0,1	0,1	0,2	0,3
Insgesamt	100	100	100	100
<i>Einheitswerte</i>				
Unter 10 000	0,1	0,1	0,0	0,0
10 000 - 50 000	2,2	1,5	0,8	0,6
50 000 - 100 000	3,7	2,8	2,0	1,7
100 000 - 500 000	15,4	15,1	10,8	9,6
500 000 - 1 Mill.	7,3	7,4	5,6	5,4
1 Mill. - 5 Mill.	20,2	21,1	17,1	15,7
5 Mill. - 10 Mill.	9,6	10,6	9,7	10,1
10 Mill. - 50 Mill.	21,3	22,3	23,6	26,3
50 Mill. und mehr	20,2	19,1	30,4	30,6
Insgesamt	100	100	100	100

Zwischen 1986 und 1989 hat sich die Anzahl der bewerteten Betriebe nicht wesentlich verändert. Die Summe aller Einheitswerte betrug 1983 12,0 Mrd. DM, 1986 16,7 Mrd. DM und 1989 20,3 Mrd. DM.

Da der Einheitswert nicht das Gesamtvermögen, sondern aufgrund des Abzuges der Betriebsschulden das Reinvermögen darstellt, können die nach Einheitswertgruppen gegliederten Ergebnisse nur bedingt für Untersuchungen über die Größenstruktur der Unternehmen herangezogen werden. Es können lediglich Aussagen über die Konzentration der Unternehmen nach dem Einheitswert gemacht werden.

Während die Anteile der Betriebe infolge der geänderten Erklärungspflichtgrenzen in den unteren beiden Größenklassen zwischen 1980 und 1989 zurückgegangen sind und gleichzeitig in den mittleren Klassen (ab 100 000 DM) zugenommen haben, konzentrierte sich die Masse des Einheitswertvolumens zunehmend auf höhere Einheitswertgrößenklassen. Auf die mit einem Einheitswert unter einer Mill. DM entfielen 1980 95,2 % aller Betriebe, aber nur 28,7 % der gesamten Einheitswertsumme. 1989 lagen nur noch 90,3 % der Betriebe unter der Millionengrenze, und auf sie entfielen 17,3 % der Summe der Einheitswerte. Die Größenklassen ab 10 Mill. DM Einheitswert waren 1980 von nur 0,5 %, 1989 dagegen von 1,5 % der Betriebe besetzt. Ihr Anteil am Volumen aller Einheitswerte stieg im selben Zeitraum kontinuierlich von 41,5 % auf 56,9 %.

Neben der allgemeinen Wertsteigerung und Entschuldung, die zur Folge hat, daß Betriebe in höhere Einheitswertgrößenklassen hineinwachsen, wirkten sich insbesondere die geänderten Erklärungspflichtgrenzen bei dem Rückgang von Kleinstbetrieben aus. Daß in den unteren Größenklassen Einheitswerte überhaupt noch festgestellt wurden, hängt zum einen damit zusammen, daß Einzelunternehmer oder Gesellschafter einer Personengesellschaft aufgrund anderer Vermögensarten eine Vermögensteuererklärung abzugeben hatten. Ein weiterer Grund kann sein, daß eine Reihe von Betrieben eine ungünstige Kapitalstruktur, mit einem hohen Anteil an Dauerschulden, aufweist.

Besitz- und Schuldposten der gewerblichen Betriebe 1983 bis 1989

Die Statistik der Einheitswerte ermöglicht u. a. Aufschlüsse über den Vermögens- und Kapitalaufbau, d. h. über die Grundzüge der Bilanzstruktur der gewerblichen Wirtschaft. Da auch kleinere und mittelständische Betriebe sowie Institutionen freier Berufe erfaßt werden, ergänzen diese Informationen die Ergebnisse der Unternehmensbilanzstatistiken, die nur die Jahresabschlüsse von Unternehmen umfassen, die der Publizitätspflicht unterliegen.

Die Feststellung der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe setzt beim Rohbetriebsvermögen an, das

Besitz- und Schuldposten sowie Einheitswerte der gewerblichen Betriebe am 1.1.1989

Bilanzposition	1983	1986	1989		Veränderung gegenüber 1986
	%	%	Mill. DM	%	in %
AKTIVA					
Anlagevermögen	27,0	19,9	27 845	27,4	+ 19,2
davon					
Sachanlagen	17,7	12,5	17 137	16,9	+ 17,2
Finanzanlagen	9,2	7,5	10 708	10,5	+ 22,5
Umlaufvermögen	73,0	80,1	73 867	72,6	- 21,3
davon					
Betriebskapital	63,3	71,1	62 137	61,1	- 25,5
Vorratsvermögen	9,8	8,9	11 730	11,5	+ 12,1
Rohbetriebsvermögen	100	100	101 712	100	- 13,2
PASSIVA					
Schulden und sonstige Abzüge	81,3	85,4	80 676	79,3	- 19,4
Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen	0,3	0,4	786	0,8	+ 74,7
Einheitswert (Reinvermögen)	18,4	14,2	20 250	19,9	+ 21,6

aus dem Anlage- und dem Umlaufvermögen besteht. Beim Anlagevermögen unterscheidet man zwischen den Sachanlagen, die wiederum in Betriebsgrundstücke, Maschinen und ähnliche Anlagen sowie sonstige Sachanlagen untergliedert werden, und den Finanzanlagen. Zu den Finanzanlagen gehören neben den Darlehen und Hypothekenforderungen, den Wertpapieren und Beteiligungen auch die immateriellen Wirtschaftsgüter. Darunter fallen neben den Mineralgewinnungsrechten, die in der Statistik als solche gesondert ausgegliedert werden, die Patente, die Urheberrechte, Verlagsrechte u. ä. Unter dem Umlaufvermögen wird nur das Betriebskapital und das Vorratsvermögen nachgewiesen, zu dem alle Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie an Halb- und Fertigerzeugnissen zu rechnen sind. Das Betriebskapital umfaßt neben den Barbeständen, Guthaben und Forderungen auch die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sowie Hinzurechnungen nach § 107 Bewertungsgesetz.

Die so ermittelte Summe der Werte der zu dem gewerblichen Betrieb gehörenden Wirtschaftsgüter ergibt das Rohvermögen, das jeweils zum 1.1. für alle Betriebe 1983 65 Mrd. DM, 1986 117 Mrd. DM und 1989 102 Mrd. DM betrug.

Die Zahl der gewerblichen Unternehmen, für die die Finanzämter turnusmäßig einen Einheitswert zum 1.1.1989 festzusetzen hatten, stieg gegenüber 1986 nur um 1,2 % auf 21 715. Das Rohbetriebsvermögen bzw. die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber 1986 um 13,2 % auf 101,7 Mrd. DM. Nach Abzug der Schulden und der Schachtelbeteiligungen von 81,5 Mrd. DM verblieb als Landessumme aller Einheitswerte ein Reinvermögen von 20,3 Mrd. DM.

Die geringere Bilanzsumme ist u. a. auf den Rückgang des Betriebskapitals um fast 26 % zurückzuführen. Durch kräftige Zuwächse der Sachanlagen und der Finanzanlagen konnte das Anlagevermögen 1989 anteilmäßig mit 27,4 % den Stand früherer Jahre wieder erreichen. Auf Landesebene ist 1989 auf der Passivseite das Fremdkapital gegenüber 1986 um gut 19 % zurückgegangen; der Anteil der Schulden an der Bilanzsumme verringerte sich dadurch um 6 Prozentpunkte auf 79,3 %.

Bilanzrelationen ohne Kreditinstitute, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften 1989

Wie bereits ausgeführt, können die Besitz- und Schuldposten, die der Einheitswertberechnung zugrunde liegen, wie die Aktiva und Passiva einer Unternehmensbilanz gegenübergestellt werden. Das zum Rohbetriebsvermögen zusammengefaßte Anla-

ge- und Umlaufvermögen kann so als die Aktivseite einer Bilanz interpretiert werden, der auf der Passivseite das aus Einheitswert und dem Gegenwert der Schachtelbeteiligungen zusammengesetzte Eigenkapital und das Fremdkapital, das die Schulden und sonstige Abzüge umfaßt, gegenüberstehen. Die Relationen der verschiedenen Posten zum Rohbetriebsvermögen ergeben Kennzahlen bzw. Strukturgrößen, wie sie aus der Unternehmensbilanzstatistik bekannt sind. Wenn auch Bilanz- und Bewertungsrecht gewisse Unterschiede aufweisen und beide Statistiken daher nicht vergleichbar sind, so können doch mit den aus der Einheitswertstatistik ermittelten Kennzahlen für die gewerblichen Betriebe gewisse Erkenntnisse zu Tatbeständen geboten werden, die in den Wirtschaftsstatistiken nicht oder nicht so tief primär erhoben werden. Die Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe und die Beteiligungsgesellschaften müssen allerdings wegen ihrer andersartigen Vermögens- und Schuldenstrukturen außer Betracht gelassen werden.

Der Vermögensaufbau der gewerblichen Betriebe muß naturgemäß vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung gesehen werden. Die Zusammensetzung der Besitz- und Schuldposten ist Ergebnis des der Wirtschaftslage angepaßten Finanzierungs- bzw. Investitionsverhaltens der Unternehmen und ihrer Vorrathaltungsdispositionen.

Ohne die Kreditinstitute, das Versicherungsgewerbe und die Beteiligungsgesellschaften verbleiben 20 342 Unternehmen mit einem Rohbetriebsvermögen von 47,6 Mrd. DM. Im Landesdurchschnitt haben sich bei diesen auf der Aktivseite die Anteile des Anlage- und Umlaufvermögens am Rohbetriebsvermögen gegenüber 1986 nicht verändert (42 % bzw. 58 %). Die für die Investitions- und Innovationskraft solcher Unternehmen als maßgeblich angesehene Eigenkapitalausstattung hat sich im Landesdurchschnitt um 2 Prozentpunkte anteilmäßig auf 38 % der Bilanzsumme erhöht. Die folgenden Bilanzrelationen einzelner Wirtschaftsbereiche geben branchentypische Unterschiede wider. Verschiedene Fertigungsmethoden und unterschiedliche Kapitalintensität in den Unternehmen bewirken zwangsläufig Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt des Landes.

Den mit 76 % höchsten Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme weist die Energiewirtschaft auf. Allein die Maschinen und ähnlichen Anlagen in diesem sehr kapitalintensiven Wirtschaftszweig machten 63 % oder über drei Fünftel des gesamten Rohvermögens aus. Auch in Verkehr und Nachrichtenübermittlung (67 %) sowie den Dienstleistungen (60 %) überschritt der Anteil des Anlagevermögens am Rohvermögen den Durchschnittswert für alle Wirtschaftsbereiche erheblich. Für die drei genannten Bereiche ist ferner das geringe Vorratsvermögen

**Bilanzstruktur der gewerblichen Betriebe
(ohne Kreditinstitute, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften)
am 1.1.1989 nach dem Wirtschaftsbereich und der Rechtsform**

Wirtschaftsbereich/ Rechtsform	Gewerb- liche Betriebe	Bilanz- summe (Roh- betriebs- vermögen)	Aktiva				Passiva	
			Umlaufvermögen		Anlagevermögen		Fremd- kapital	Eigen- kapital
			insgesamt	darunter Vorrats- vermögen	insgesamt	darunter Maschinen und ähnliche Anlagen		
Anzahl	Mill. DM	in % der Bilanzsumme (Rohvermögen)						
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung	263	180	52	18	48	14	65	35
Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	116	5 052	24	6	76	63	50	50
Verarbeitendes Gewerbe	3 754	16 781	62	26	38	13	65	35
Baugewerbe	2 618	3 076	74	38	26	6	74	26
Großhandel	2 397	9 812	75	29	25	5	71	29
Handelsvermittlung	372	298	71	29	29	3	68	32
Einzelhandel	3 844	4 383	65	35	35	3	61	39
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 038	2 219	33	2	67	30	60	40
Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	130	157	89	11	11	1	82	18
Dienstleistungen (ohne Beteiligungsgesellschaften)	5 803	5 584	40	5	60	18	44	56
Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen	7	11	77	1	23	7	68	32
Zusammen	20 342	47 553	58	22	42	16	62	38
Davon								
natürliche Personen	8 233	4 330	51	21	49	8	53	47
nichtnatürliche Personen	12 109	43 223	59	23	41	17	63	37
davon								
AG, KGAA und Kolonial- gesellschaften	36	7 561	61	20	39	25	71	29
GmbH	7 492	16 460	67	28	33	12	67	33
Erwerbs- und Wirtschafts- genossenschaften	100	1 408	67	20	33	8	81	19
Personengesellschaften nach § 97 Abs. 1 Nr. 5 BewG	4 296	15 806	53	21	47	15	55	45
Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	115	1 895	19	1	81	60	57	43
Sonstige nichtnatürliche Personen	70	95	45	5	55	29	53	47

augenfällig. Die Energiewirtschaft und der Verkehrssektor können die von ihnen produzierten Güter bzw. Leistungen nicht oder nur im geringen Umfang vorrätig halten. Sie haben deshalb hohen Kapitalbedarf, um Spitzenbelastungen abfangen zu können. In beiden Bereichen ist auch das ungünstigste Deckungsverhältnis zwischen Eigenkapital und Anlagevermögen zu verzeichnen. Das Abweichen von der Bilanzregel, wonach zumindestens das Anlagevermögen durch Eigenkapital abgedeckt sein sollte, ist insofern gerechtfertigt, als in diesen Bereichen die öffentliche Hand finanziell engagiert ist und somit die Sicherheit des dort langfristig gebundenen Fremdkapitals gewährleistet.

In rein privatwirtschaftlich orientierten Branchen müssen die Deckungsverhältnisse zwischen dem Eigenkapital und dem Anlagevermögen günstiger aussehen. So ergab sich z. B. bei den Dienstleistungen die stärkste Eigenkapitalquote von 56 %; es folgten der Einzelhandel mit einer Eigenkapitalquote von 39 % und die Land-, Forstwirtschaft und Fischerei mit 35 %.

Beim Verarbeitenden Gewerbe, dem der Bilanzsumme nach bedeutendsten Bereich, betrug der Anlagevermögensanteil 38 % und die Eigenkapitalquote 35 %.

Das Baugewerbe und der Großhandel kommen dagegen mit relativ wenig Anlagevermögen und dementsprechend mit einer geringeren Eigenkapitaldecke aus. Dafür sind der Anteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme und die Fremdkapitalquote besonders hoch. Die relativ größten Vorratsvermögen unterhalten naturgemäß das Baugewerbe und der Einzelhandel. Im Baugewerbe entfielen 74 % der Aktiva auf das Umlaufvermögen, 38 % davon waren Vorräte. Beim Großhandel betrug der Anteil des Umlaufvermögens 75 % der Bilanzsumme, davon entfielen 29 Prozentpunkte auf die Vorräte. Dementsprechend charakteristisch ist auch die mit 71 % hohe Fremdkapitalquote für den Großhandel.

Auch nach der Rechtsform der gewerblichen Betriebe fallen die Relationen von Anlagevermögen und Eigenkapital zum Rohvermögen bzw. zur Bilanzsumme unterschiedlich aus. Von den 20 342 erfaßten gewerblichen Betrieben (ohne Kreditinstitute, Versi-

cherungsvereine und Beteiligungsgesellschaften) mit einer Bilanzsumme von fast 48 Mrd. DM waren 8 233 im Besitz natürlicher Personen, auf die aber nur 4,3 Mrd. DM der Bilanzsumme entfielen. Für diese Betriebe wurde das Anlagevermögen vollständig durch das Eigenkapital gedeckt; die Eigenkapitalquote lag mit 47 % um neun Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt.

Bei den Betrieben in der Rechtsform einer nichtnatürlichen Person betrug der Anteil des Anlagevermögens 41 % im Durchschnitt aller Betriebe, während die Eigenkapitalquote mit 37 % nur um einen Prozentpunkt unter dem Landesdurchschnitt lag.

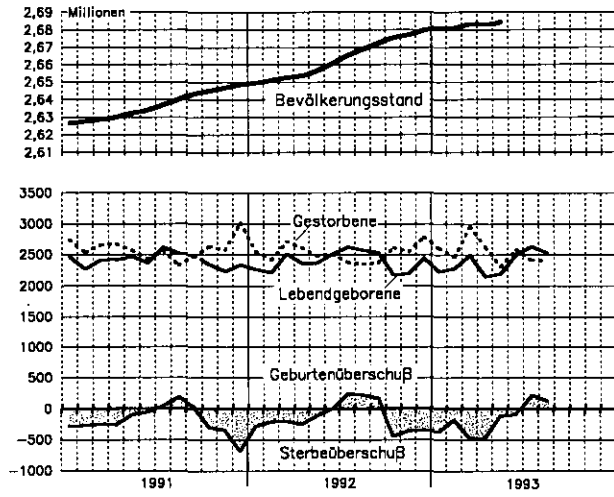
Untersucht man diesen Teil der Unternehmen näher, so ergibt sich ein differenzierteres Bild für die 4 296 Personengesellschaften (OHG, KG u. ä.) mit einer Bilanzsumme von zusammen 15,8 Mrd. DM: die Eigenkapitalquote lag mit 45 % um sieben Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Betriebe, und die Unterdeckung des Anlagevermögens betrug nur 2 %.

Während für die 7 492 Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einer Bilanzsumme von fast 16,5 Mrd. DM der Anlagevermögenanteil und die Eigenkapitalquote jeweils 33 % betragen, d. h. das Anlagevermögen im Durchschnitt durch das Eigenkapital gedeckt war, ergaben sich für die Aktiengesellschaften u. ä. sowie für die Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, d. h. bei den besonders kapitalintensiven Körperschaften, größere Unterdeckungen des Anlagevermögens. Auch dies ergibt sich zwangsläufig, wenn man berücksichtigt, daß die Körperschaften einen großen Kapitalbedarf haben, der in erheblichem Umfang durch die Aufnahme von Fremdmitteln am Kapitalmarkt befriedigt wird, während dem Einzelunternehmer diese Finanzierungsart erschwert bleibt.

Es sei daran erinnert, daß das Verhältnis Anlagevermögen zu Eigenkapital günstiger ausfällt, wenn man die langfristigen Schulden als bedingtes Eigenkapital ansieht, weil dann ein größerer Teil des Vorratsvermögens durch eigenkapitalähnliche Mittel abgedeckt ist. Darüber hinaus sind im Anlagevermögen die Betriebsgrundstücke vermutlich unterbewertet.

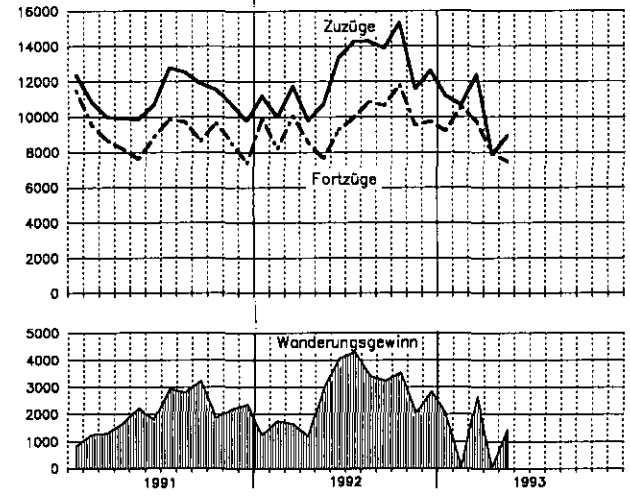
Leonhard Gawlik

Bevölkerungsstand

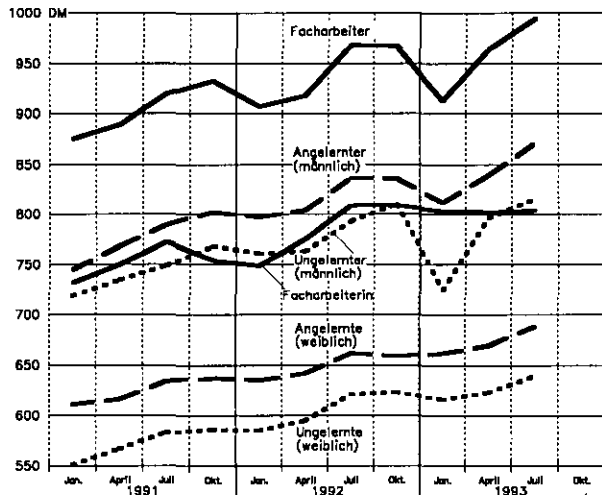


Bevölkerungsveränderung

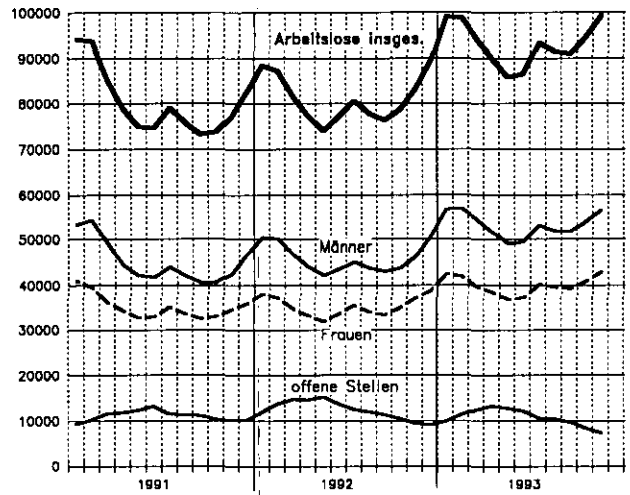
D 6068 - A Stat.LA S-H



Bruttowochenverdienste

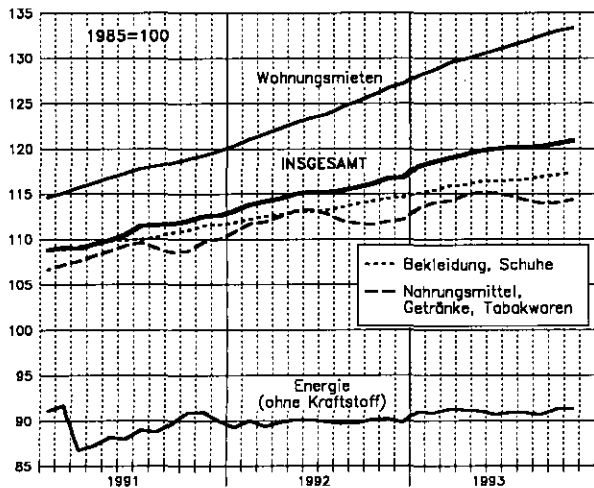


Arbeitslose

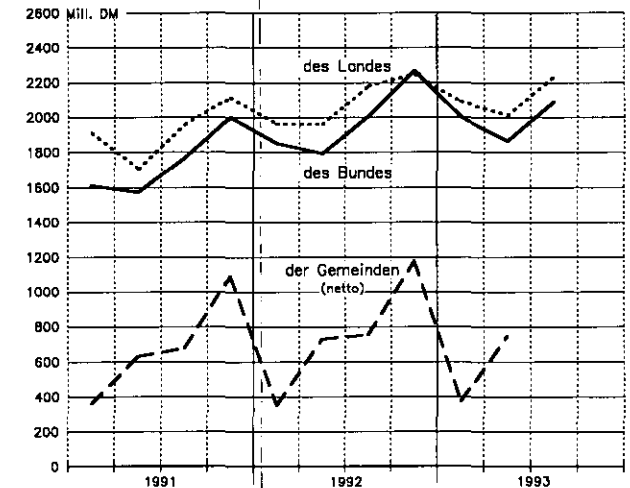


Im Oktober 1991 wurde ein neuer Berichtskreis ausgewählt. Für Vergleiche wurden Werte aus 1991 auf die neue Berichtskreisstruktur umgerechnet.

Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

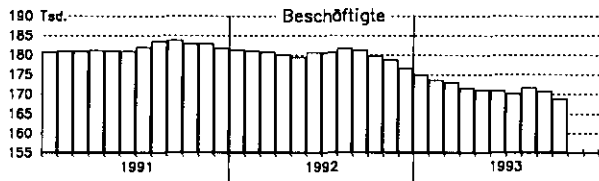
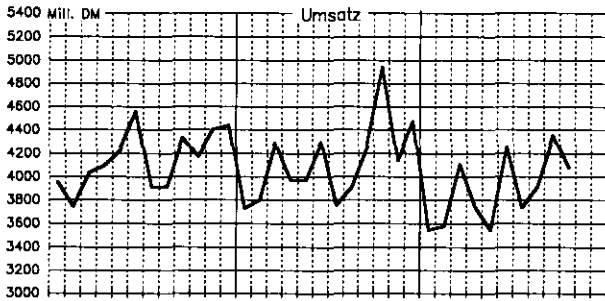


Steuereinnahmen

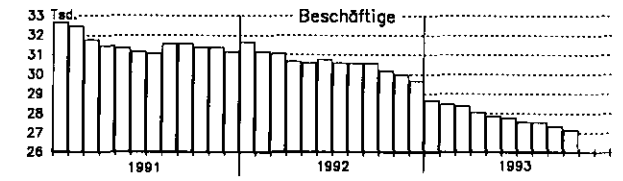
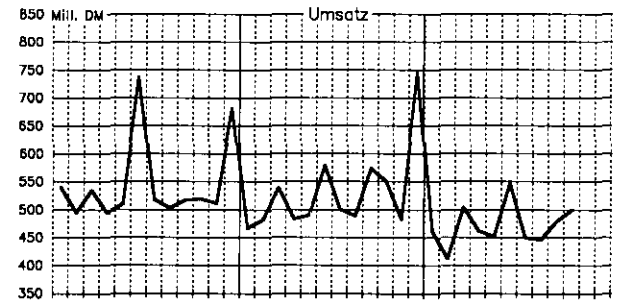


Verarbeitendes Gewerbe

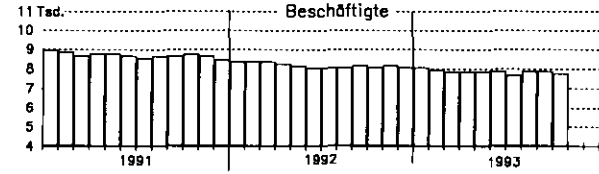
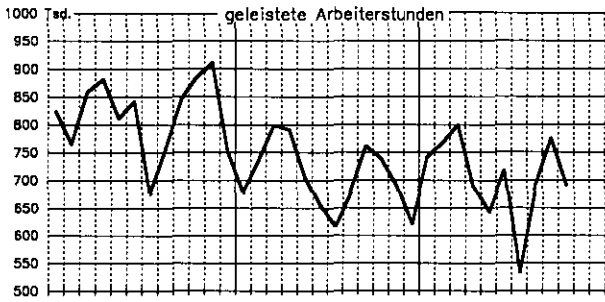
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



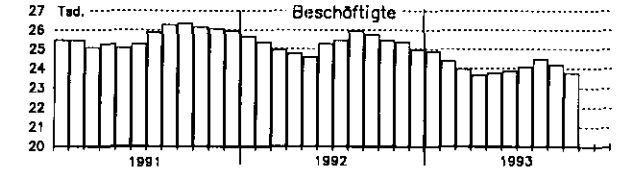
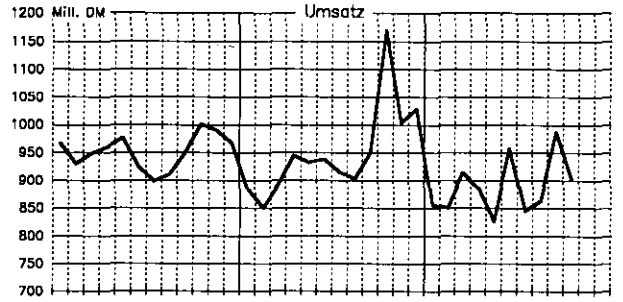
darunter Maschinenbau



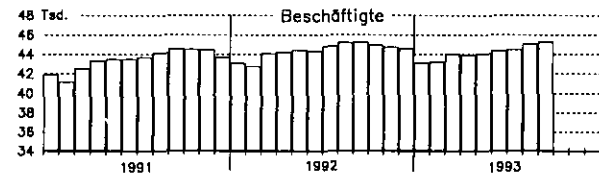
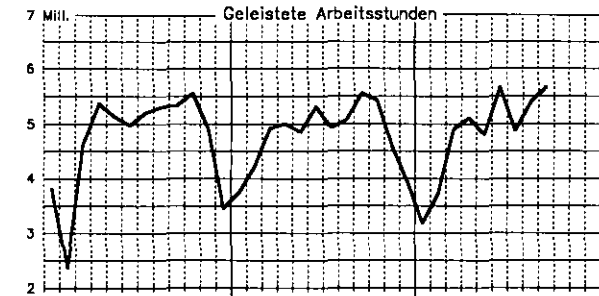
darunter Schiffbau



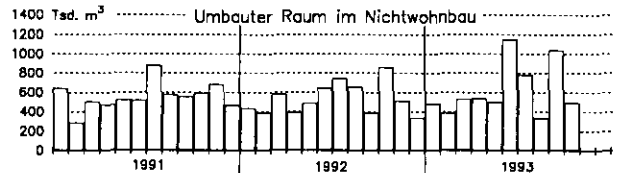
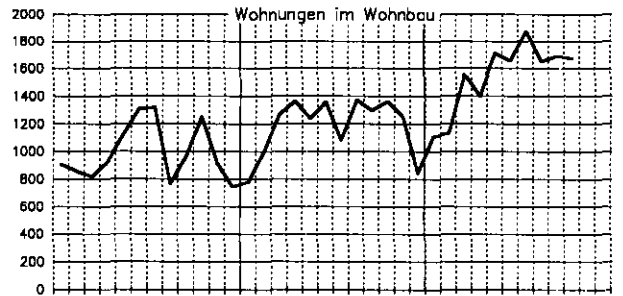
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

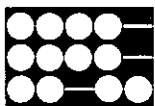


Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

**Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein**

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe¹		Oktober 1993		Januar bis Oktober 1993	
Beschäftigte	1 000	169	- 6,1	172	- 5,0
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	15	- 11,3	15	- 8,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	737	- 3,9	755	- 1,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 078	- 14,4	3 886	- 4,3
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 116	- 11,4	3 060	- 4,4
Auslandsumsatz	Mill. DM	962	- 22,7	826	- 3,9
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 390	+ 9,4	2 266	- 1,8
aus dem Inland	Mill. DM	1 524	- 5,9	1 571	- 6,3
aus dem Ausland	Mill. DM	865	+ 53,4	695	+ 10,4
Energieverbrauch (vierteljährlich)	1 000 t SKE				
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	- 0,5	5	- 0,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	171	+ 4,4	162	+ 6,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	626	+ 4,1	533	+ 4,5
Auftragseingang ³	Mill. DM	314	+ 5,4	343	+ 6,4
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 672	+ 22,8	1 545	+ 27,5
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	496	- 42,7	629	+ 11,7
Einzelhandel		September 1993		Januar bis September 1993	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	136,9	+ 0,4	137,1	- 0,9
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	143,7	- 2,6	132,7	+ 0,0
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	423	- 5,1	360	- 3,3
Übernachtungen	1 000	2 462	- 4,3	2 098	+ 0,3
Arbeitsmarkt		Oktober 1993		Januar bis Oktober 1993	
Arbeitslose	Anzahl	94 764	+ 20,5	92 225	+ 15,1
offene Stellen	Anzahl	8 352	- 20,6	11 176	- 14,3
Kurzarbeiter	Anzahl	11 816	+ 2,0	15 783	+ 70,2
Insolvenzen					
Anzahl		73	+ 49,0	54	+ 15,5

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

**Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich**

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1992	Nov. 1992	Dez. 1992	Januar 1993	Feb. 1993	März 1993	April 1993	Mai 1993	Juni 1993	Juli 1993	August 1993	Sept. 1993	Okt. 1993
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	- 0,9	- 2,3	- 2,8	- 3,5	- 4,0	- 1,3	- 4,7	- 4,7	- 5,4	- 5,7	- 5,5	- 5,8	- 6,1
	Bund	- 2,4	- 3,9	- 4,5	- 5,5	- 6,0	- 6,3	- 6,7	- 6,9	- 7,3	- 7,8	- 7,9
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 3,1	- 6,9	- 2,9	- 8,5	- 8,2	- 4,8	- 8,6	- 10,0	- 6,1	- 8,2	- 9,3	- 9,1	- 11,3
	Bund	- 3,8	- 5,7	- 3,1	- 15,2	- 13,7	- 7,9	- 10,7	- 12,1	- 10,0	- 14,8	- 9,0
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 5,4	+ 5,5	+ 6,0	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 3,5	- 4,7	- 2,5	- 1,9	- 3,9
	Bund	+ 3,5	+ 2,0	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,2	+ 4,3	+ 5,6	+ 7,0	+ 5,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 0,3	- 5,0	+ 1,9	- 3,6	- 4,7	- 4,2	- 5,7	- 10,7	- 0,6	- 0,5	+ 0,4	+ 2,5	- 14,4
	Bund	+ 0,3	- 4,5	+ 0,5	- 13,7	- 10,8	- 4,1	- 8,5	- 8,9	- 5,8	- 10,2	- 1,2
Inlandsumsatz	Land	- 0,5	- 3,7	+ 1,4	- 2,5	- 5,8	- 2,9	- 6,7	- 8,6	- 1,0	- 2,4	- 0,3	- 2,0	- 11,4
	Bund	+ 0,4	- 3,9	+ 2,9	- 12,9	- 11,2	- 3,4	- 6,0	- 9,2	- 5,8	- 10,2	- 1,9
Auslandsumsatz	Land	- 3,3	- 9,7	+ 3,9	- 8,2	- 0,8	- 8,4	- 1,6	- 18,3	+ 0,8	+ 7,5	+ 3,3	+ 21,6	- 22,7
	Bund	+ 0,1	- 6,3	- 5,6	- 18,1	- 9,2	- 4,5	- 10,2	- 8,0	- 5,4	- 10,5	+ 0,1
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 0,4	+ 5,9	- 4,1	- 3,5	- 5,8	- 7,2	- 12,1	+ 3,0	+ 11,5	- 2,8	+ 1,5	- 10,9	+ 9,4
	Bund	- 2,3	- 7,8	- 6,0	- 15,7	- 15,2	- 11,5	- 11,7	- 8,2	- 6,3	- 8,5	- 3,7	- 5,8	...
aus dem Inland	Land	+ 0,1	- 8,5	- 1,0	- 8,2	- 4,4	- 2,7	- 9,7	+ 8,7	- 11,5	- 1,8	- 12,3	- 12,4	- 5,9
	Bund	- 1,9	- 8,7	- 2,8	- 18,3	- 17,8	- 12,7	- 14,0	- 10,1	- 7,7	- 9,7	- 5,3	- 7,6	...
aus dem Ausland	Land	+ 1,0	+ 43,8	- 11,8	+ 9,8	- 9,1	- 17,6	- 18,4	+ 10,4	+ 84,5	- 4,8	+ 34,0	- 6,2	+ 53,4
	Bund	- 3,3	- 5,9	- 12,0	- 14,7	- 9,8	- 9,0	- 7,2	- 4,0	- 3,3	- 6,1	- 0,3	- 1,8	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 2,3	+ 4,4	—	—	+ 1,3	—	—	+ 4,1	—	—	+ 6,0	—	—
	Bund	- 4,0	- 4,8	—	—	- 4,8	—	—	- 4,9	—	—	...	—	—
Bauhauptgewerbe²														
Beschäftigte	Land
	Bund
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 2,6	- 6,9	+ 13,8	- 14,8	- 11,4	+ 0,2	+ 2,4	- 0,5	+ 6,1	- 0,9	+ 6,9	+ 2,5	- 0,5
	Bund	+ 3,4	+ 1,5	+ 17,0	- 8,3	- 11,2	- 0,1	- 2,4	- 2,7	+ 2,3	- 6,6	p+ 4,4
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 10,0	+ 11,8	+ 14,6	- 1,9	+ 0,2	+ 9,6	+ 12,4	+ 6,5	+ 6,0	+ 2,7	+ 12,9	+ 8,0	+ 4,4
	Bund	+ 9,2	+ 11,8	+ 14,5	+ 0,8	+ 2,4	+ 3,9	+ 5,9	+ 0,9	+ 3,3	- 1,3	p+ 5,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 8,8	+ 11,9	+ 25,6	- 14,7	+ 0,5	+ 6,5	+ 8,8	+ 2,4	+ 6,9	+ 3,1	+ 13,2	+ 5,4	+ 4,1
	Bund	+ 13,5	+ 8,1	+ 26,4	+ 3,1	- 9,5	+ 0,7	+ 0,3	- 1,2	+ 3,6	- 1,3
Auftragseingang ³	Land	+ 11,8	+ 24,1	+ 9,1	+ 5,0	+ 3,8	+ 25,2	+ 2,9	+ 17,4	+ 11,7	- 5,6	+ 8,8	- 6,0	+ 5,4
	Bund	+ 6,5	+ 1,6	+ 18,7	+ 1,5	- 7,9	+ 4,2	+ 2,0	+ 0,2	- 1,8	+ 2,9	p+ 6,6	p+ 3,7	...
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 19,5	+ 37,0	+ 13,3	+ 42,2	+ 13,8	+ 22,6	+ 2,5	+ 38,4	+ 21,9	+ 73,5	+ 20,4	+ 30,3	+ 22,8
	Bund	p+ 15,7	p+ 20,5	p+ 22,5	p+ 2,0	p+ 14,7	p+ 11,4	p+ 21,9	p+ 11,5	p+ 23,5	p+ 12,4
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	- 4,0	- 24,3	- 27,0	+ 12,1	+ 1,0	- 8,1	+ 34,9	+ 2,2	+ 78,3	+ 5,5	- 48,6	+ 164,7	- 42,7
	Bund	p- 4,0	p+ 2,1	p- 9,9	p- 15,8	p+ 2,4	p- 12,2	p- 18,5	p- 6,8	p- 19,2	p- 17,4
Einzelhandel														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 2,2	- 2,2	+ 10,0	- 9,9	- 1,8	+ 3,8	+ 1,8	- 2,8	- 0,2	- 0,5	+ 0,7	+ 0,4	...
	Bund	+ 1,1	- 1,2	+ 7,7	- 7,9	- 5,8	+ 3,6	+ 0,7	- 4,5	- 2,2	- 2,2	+ 1,7	p+ 0,0	...
Gastgewerbe														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 3,7	- 1,4	+ 3,2	+ 1,6	- 0,6	+ 1,2	+ 4,1	+ 4,0	- 1,3	- 1,5	- 2,5	- 2,6	...
	Bund	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,6	- 0,3	+ 1,4	+ 1,9	+ 6,6	+ 4,8	- 0,2	+ 4,0
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	+ 2,3	- 5,5	+ 4,1	p+ 4,6	p+ 6,5	p+ 6,6	p- 5,9	p- 2,1	p- 5,9	p- 6,5	p- 10,7	p- 5,1	...
	Bund	...	- 2,7	+ 0,4	- 1,8	- 5,0	+ 1,1	- 4,1	- 2,8	- 2,7	- 5,9
Übernachtungen	Land	+ 6,7	+ 2,3	+ 8,5	p+ 13,8	p+ 15,2	p+ 11,6	p- 5,3	p- 0,2	p- 2,2	p- 3,9	p- 5,6	p- 4,3	...
	Bund	...	- 2,5	- 0,5	+ 1,0	- 1,1	+ 0,8	- 3,9	- 0,9	- 2,2	- 4,1
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+ 0,3	+ 8,2	+ 8,3	+ 11,9	+ 13,1	+ 15,1	+ 16,3	+ 16,1	+ 12,3	+ 15,8	+ 17,7	+ 19,1	+ 20,5
	Bund	+ 7,0	+ 16,5	+ 17,0	+ 20,4	+ 22,8	+ 25,8	+ 25,7	+ 26,0	+ 26,3	+ 27,2	+ 27,1	+ 28,3	+ 28,9
offene Stellen	Land	+ 12,9	- 7,5	- 11,8	- 17,0	- 17,0	- 15,2	- 8,9	- 16,2	- 11,1	- 15,0	- 12,9	- 14,1	- 20,6
	Bund	- 2,4	- 13,5	- 17,5	- 22,8	- 25,4	- 25,3	- 23,9	- 24,1	- 23,3	- 23,0	- 25,1	- 28,1	- 30,4
Kurzarbeiter	Land	+ 96,9	+ 247,5	+ 195,8	+ 106,4	+ 49,3	+ 22,3	+ 65,2	+ 113,3	+ 146,6	+ 157,7	+ 156,5	+ 87,8	+ 2,0
	Bund	+ 95,2	+ 134,3	+ 274,7	+ 298,6	+ 318,8	+ 299,0	+ 321,8	+ 281,5	+ 291,9	+ 231,2	+ 210,8	+ 189,7	+ 102,0
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+ 0,4	+ 58,6	- 25,9	+ 2,6	+ 17,0	- 7,8	+ 70,6	+ 2,0	+ 55,8	+ 35,0	- 6,8	- 34,7	+ 49,0
	Bund	+ 9,2	+ 12,2	+ 15,0	+ 21,8	+ 18,7	+ 22,0	+ 26,1	+ 17,2	+ 18,5	+ 27,0	+ 25,3

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	-3	12	1 135	57	339	235	505
1989	2 574	6,7	10,8	11,9	-3	33	1 166	52	349	242	523
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	-2	34	1 234	62	352	265	555
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	-2	25	1 236	57	361	258	559
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	-2	33	1 247	59	360	262	568

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1985		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ ≈ 100
	in 1 000													
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	75 051	5,7	70 129	3,7	95
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	77 406	3,1	70 040	-0,1	92
1990	135	12	48	62	3	10	33	31	27	84 623	9,3	73 696	5,2	92
1991	134	11	48	62	4	10	35	31	25	91 780	8,5	76 501	3,8	92
1992	135	11	48	62	6					96 635	5,3	77 326	1,1	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁶		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	in 1 000										
1988	1 481	481	1 540	3 069	520	2 538	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491 ^a	480 ^b	1 451 ^a		491	2 273	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	592	2 402	2 324	4 881	2 186	139	972
1991	1 473 ^a	458 ^a	1 387 ^a		735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768
1992	1 435	440	1 397	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Beihaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸
	in 1 000		in Mill.	in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹			Beschäftigte am 30.06. in 1 000	
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	353	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	369	42
1991	182	122	198	5 147	3 919	49 073	10 095	174	1 250	560	399	44
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusbefragungen

² ab 1990 vorläufiges Ergebnis

³ Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) ≈ 29 308 MJ

^a Repräsentative Viehzählung

**Jahreszahlen
Schleswig-Holstein**

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungs- bau ²						insgesamt	Auslands- gäste	insgesamt	von Auslands- gästen
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1988	7	7	24	1 132	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	377	17 181	711
1989	8	8	15	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	440	17 650	852
1990	12	8	13	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877
1991	12	9	11	1 158	12 656	6 882	1 715	10 688	4 037	550	20 730	1 064
1992	15	12	18	1 171	13 156	6 175	1 751	11 070	4 129	492	22 116	981

Jahr	Kfz-Bestand ⁴ am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁶ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegsopfer- fürsorge
	insgesamt	Kraftfahr- er	Pkw ⁵	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
	in 1 000							in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1
1991	1 490	54	1 279	60	16 649	351	21 631	19 669	1 654,5	626,4	123,5	97,7
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 831,9	677,1	131,4	109,5

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen: nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver- brauch- steuern	Gewerbe- steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁷	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommen- steuer				insgesamt	Kredit- markt- mittel
	Mill. DM											
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 794	2 957
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸		für Wohn- gebäude 1985 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100		Industriearbeiter ⁹		Angestellte in Industrie ⁹ und Handel			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	land- wirt- schaftlicher Produkte 1985 = 100		insgesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰		
									kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
DM												
1988	96,3	91,8	105,5	101,4	100,3	784	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	788	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 622	2 852
1991	103,4	94,1	124,3	110,7	108,6	866	605	4 539	3 192	5 323	4 048	3 020
1992	104,8	91,9	131,3	115,1	112,1	899 ^a	640 ^a	4 808 ^a	3 330 ^a	5 453 ^a	4 214	3 130

¹ Errichtung neuer Gebäude

² 1. Förderungsweg

³ nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

⁴ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁵ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁶ ohne Postspareinlagen

⁷ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

⁸ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

⁹ einschließlich Hoch- und Tiefbau

¹⁰ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

^a Die Zahlen ab 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den devotliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 636	2 662	p 2 669	p 2 672	p 2 675
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 522	1 575	p 2 395	p 1 942	p 1 510
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,9	7,1	p 10,6	p 8,8	p 6,6
Lebendgeborene	Anzahl	2 411	2 396	p 2 568	p 2 536	p 2 172
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,0	10,8	p 11,3	p 11,6	p 9,6
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 600	2 525	p 2 345	p 2 365	p 2 614
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,8	11,4	p 10,4	p 10,8	p 11,5
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	18	14	p 8	p 10	p 18
	je 1 000 Lebendgeborene	7,5	5,8	p 3,1	p 3,9	p 8,3
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 189	- 129	p 223	p+ 171	p- 442
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 0,9	- 0,6	p 1,0	p+ 0,8	p- 1,9
Wanderungen										
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	11 069	12 395	14 289	13 899	15 336
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 013	9 679	10 859	10 638	11 780
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 056	+ 2 715	+ 3 430	+ 3 261	+ 3 556
Innerhalb des Landes Umgezogene¹	Anzahl	9 087	10 160	10 894	10 953	10 809
Wanderungsfälle	Anzahl	29 169	32 234	36 042	35 490	37 925
Arbeitslage										
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	81	81	78	76	79	93	91	91	95
darunter Männer	1 000	45	46	44	43	44	53	52	52	54
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	5,2	10,3	3,9	6,2	11,6	8,7	10,0	11,7	11,8
darunter Männer	1 000	4,5	8,5	3,2	4,9	9,3	7,3	8,2	9,6	9,6
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	11,0	12,5	12,0	11,4	10,5	10,6	10,5	9,8	8,4
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 473 ^a	1 435 ^a
darunter Milchkühe										
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	458 ^a	440 ^a
Schweine	1 000	1 387 ^a	1 397 ^a	1 442	.	.	1 424	.	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	138 ^a	140 ^a	139	.	.	133	.	.	.
darunter trächtig	1 000	96 ^a	98 ^a	96	.	.	92	.	.	.
Schlachtungen²										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	61	46	47	50	60	31	36	44	41
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	4	3
Schweine	1 000 St.	180	154	154	160	165	156	165	157	158
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	0	1	1	1	1	1
Schlachtmenge³ aus gewerblichen Schlachtungen²										
(ohne Geflügel)	1 000 t	34,5	27,9	28,7	30,3	33,9	23,9	26,6	29,1	27,7
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	18,3	13,9	14,6	15,6	18,7	0,6	11,4	14,2	12,7
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,5	0,3
Schweine	1 000 t	15,8	13,7	13,7	14,3	14,8	13,9	14,7	14,1	14,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für²										
Rinder (ohne Kälber)	kg	300	307	311	314	316	312	317	325	316
Kälber	kg	122	127	127	127	127	131	130	131	129
Schweine	kg	88	89	89	90	90	89	90	90	92
Geflügel										
Eingelegte Brutsier⁴	für Legehennenküken	1 000	95	101
	für Masthühnerküken	1 000
Geflügelfleisch⁵	1 000 kg	49	60
Milcherzeugung										
	1 000 t	194	191	191	191	196	191	187	185	188
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	93	93	94	96	93	94	94
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,7	14,0	13,7	14,2	14,1	14,0	13,7	14,0	13,8

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere

³ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien

⁴ in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

⁵ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	182	180	182	181	180	170	172	171	169
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	122	119	120	119	118	110	111	110	109
Gekürzte Arbeiterstunden	1 000	16 492	15 983	15 854	16 699	16 576	13 721	14 378	15 174	14 702
Lohnsumme	Mill. DM	429,0	442,4	434,5	430,0	432,7	418,8	413,5	411,0	402,9
Gehaltssumme	Mill. DM	326,6	354,0	336,4	338,4	334,6	349,0	337,9	343,0	334,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 290	2 299	2 405	2 436	2 185	2 104	2 441	2 170	2 390
aus dem Inland	Mill. DM	1 650	1 652	1 687	1 854	1 621	1 562	1 479	1 625	1 524
aus dem Ausland	Mill. DM	640	646	718	582	564	542	962	545	865
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 089	4 102	3 900	4 250	4 763	3 735	3 917	4 354	4 078
Inlandumsatz	Mill. DM	3 248	3 233	3 082	3 448	3 519	2 973	3 073	3 379	3 116
Auslandumsatz	Mill. DM	841	869	817	802	1 244	762	844	975	962
Kohlverbrauch ²	1 000 t SKE	15	15
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	38,9	41,4
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	74	74
leichtes Heizöl	1 000 t	8	7
schweres Heizöl	1 000 t	66	67
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	304	311	300	322	335	295	310	326	335
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	33	31	29	40	32	34	36	46
Index der Nettoproduktion für Betriebe in produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1985 = 100	129,2	130,0	125,2	136,1	135,7	119,0	118,8	132,8	...
Bauhaußgewerbe⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	43 486	44 424	45 263	45 282	...	44 117	45 156	45 371	...
Gekürzte Arbeitsstunden	1 000	4 676	4 796	5 073	5 554	5 429	4 688	5 421	5 692	5 401
darunter für	1 000									
Wohnbauten	1 000	1 872	1 971	2 045	2 245	2 210	1 086	2 364	2 495	2 470
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 277	1 315	1 379	1 487	1 458	1 256	1 413	1 469	1 305
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 428	1 432	1 576	1 705	1 675	1 413	1 559	1 626	1 545
Lohnsumme	Mill. DM	122,8	133,4	132,7	138,9	136,2	147,7	149,7	148,6	140,0
Gehaltssumme	Mill. DM	24,5	28,5	27,8	26,5	27,6	32,0	31,4	39,0	30,9
Bauverwerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	500,4	544,4	548,6	618,6	602,0	621,5	621,0	651,8	626,5
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	288,4	322,4	321,8	395,0	297,7	311,4	338,8	371,1	313,9
Ausbaugewerbe⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 940	9 477	9 569	9 641	9 933	9 824	10 142	10 192	10 450
Gekürzte Arbeitsstunden	1 000	1 049	1 107	1 079	1 175	1 204	1 112	1 174	1 221	1 185
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	28,6	32,2	31,0	32,2	33,2	36,3	35,7	35,8	35,9
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	91,9	104,4	93,4	106,2	116,6	100,1	105,2	118,8	126,9
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 110	2 264	1 846	2 172	1 916	2 039	1 305	1 365	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 000	1 023	986	929	1 068	894	964	990	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
Handwerk (Meßzahlen)⁹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	109,0	113,6	.	113,6	.	.	.	114,3	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	212,9	228,1	.	234,7	.	.	.	232,7	.

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

² 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ)

³ 1 000 m³ Gas H₂ = 35,169 MJ/m³ = 1,2 t SKE

⁴ 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE

⁵ 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE

⁶ ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

⁷ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁸ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁹ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	484	606	701	592	633	870	732	755	664
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	386	482	563	455	466	692	579	563	501
2 Wohnungen	Anzahl	52	66	77	75	97	97	75	93	68
Rauminhalt	1 000 m ³	469	565	666	588	596	845	782	784	734
Wohnfläche	1 000 m ²	86	103	118	110	110	160	146	145	136
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	107	108	122	105	109	129	94	118	96
Rauminhalt	1 000 m ³	564	541	659	394	866	787	339	1 043	496
Nutzfläche	1 000 m ²	92	91	102	69	139	120	60	119	75
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 173	1 395	1 633	1 461	1 566	2 124	1 904	1 944	1 888
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 054,7	r 1 096,3	1 141,3	942,6	1 140,0
davon Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	164,0	r 173,9	199,7	128,9	202,3
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	890,7	r 922,5	941,6	813,8	937,7
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	15,5	r 16,4	17,6	13,4	20,3
Halbwaren	Mill. DM	55,8	r 56,2	38,0	57,4	51,2
Fertigwaren	Mill. DM	819,3	r 849,9	886,0	743,0	866,1
davon										
Vorzeugnisse	Mill. DM	114,0	r 106,7	89,7	99,6	119,1
Enderzeugnisse	Mill. DM	705,3	r 743,3	796,3	643,3	747,0
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG-Länder	Mill. DM	573,5	r 514,8	482,0	480,3	533,1
darunter										
Niederlande	Mill. DM	106,5	r 102,7	88,1	103,1	99,2
Frankreich	Mill. DM	85,1	r 83,5	72,8	73,8	89,0
Dänemark	Mill. DM	85,1	r 82,9	94,0	84,6	85,1
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	73,8	r 77,2	80,7	74,5	84,3
Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	139,8	142,9	136,3	136,4	146,2	150,0	137,3	136,9	...
Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	122,4	126,9	181,8	147,5	123,4	176,1	177,3	143,7	...
Fremdenverkehr in Beherbergungsgaststätten mit 9 und mehr Gästebetten										
Ankünfte	1 000	336	344	535	445	379	p 523	p 477	p 423	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	46	41	57	42	41	p 60	p 39	p 30	...
Übernachtungen	1 000	1 728	1 843	3 672	2 572	1 827	p 3 616	p 3 467	p 2 462	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	89	82	103	86	90	p 113	p 80	p 61	...
VERKEHR										
Schifffahrt¹										
Güterempfang	1 000 t	1 696
Güterversand	1 000 t	864
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	137	139	130	134	172
Güterversand	1 000 t	158	152	139	130	152
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge²										
darunter										
Krafträder	Anzahl	379	471	379	229	143	650	398	265	...
Personenkraftwagen ³	Anzahl	11 169	10 444	7 170	8 719	9 560	8 158	6 869	8 297	...
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	706	662	503	540	607	497	474	558	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 387	1 369	1 691	1 386	1 363	1 470	r 1 551	p 1 356	p 1 249
Getötete Personen	Anzahl	29	27	33	26	27	24	r 24	p 40	p 29
Verletzte Personen	Anzahl	1 803	1 778	2 157	1 808	1 751	2 012	r 2 026	p 1 771	p 1 613

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1991	1992	1992			1993			
		Monatsdurchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte, ohne Anschlußkonkurse)	Anzahl	45	48	59	49	49	54	55	32	73
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
Kredite und Einlagen¹										
		4-Monatsdurchschnitt²								
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	87 934	95 576	-	95 611	-	-	-	105 674	-
darunter										
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	86 397	93 983	-	94 064	-	-	-	103 604	-
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	11 469	12 505	-	12 501	-	-	-	13 404	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 243	12 182	-	12 123	-	-	-	12 223	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	226	323	-	378	-	-	-	1 181	-
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 089	6 153	-	6 137	-	-	-	6 543	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 109	5 034	-	5 101	-	-	-	5 373	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	981	1 119	-	1 036	-	-	-	1 170	-
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	69 839	75 324	-	75 426	-	-	-	80 657	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	51 174	55 074	-	55 327	-	-	-	61 509	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	18 665	20 250	-	20 099	-	-	-	22 348	-
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	63 561	68 591	-	68 813	-	-	-	73 498	-
Sichteinlagen und Tamingelder von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	44 313	49 091	-	49 632	-	-	-	51 922	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	38 923	43 453	-	43 973	-	-	-	48 165	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 390	5 638	-	5 659	-	-	-	5 757	-
Spareinlagen	Mill. DM	19 249	19 500	-	19 181	-	-	-	20 580	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	18 946	19 221	-	3 716	-	-	-	20 272	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	302	279	-	3 871	-	-	-	308	-
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart		Vierteljährsdurchschnitt		3. Vj. 1992			3. Vj. 1993			
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	3 454	3 912	-	4 025	-	-	-	4 264	-
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 371	2 678	-	2 795	-	-	-	2 867	-
Lohnsteuer ⁴	Mill. DM	1 732	1 949	-	2 026	-	-	-	2 022	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	358	409	-	405	-	-	-	443	-
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	78	57	-	72	-	-	-	63	-
Körperschaftsteuer ⁴	Mill. DM	204	263	-	292	-	-	-	290	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 063	1 234	-	1 230	-	-	-	1 397	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	722	856	-	871	-	-	-	1 238	-
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	361	378	-	358	-	-	-	159	-
Bundessteuern	Mill. DM	54	58	-	47	-	-	-	29	-
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	31	29	-	29	-	-	-	-	-
Landessteuern	Mill. DM	236	270	-	270	-	-	-	10	-
Vermögensteuer	Mill. DM	47	44	-	43	-	-	-	282	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	92	123	-	128	-	-	-	55	-
Biersteuer	Mill. DM	10	8	-	9	-	-	-	120	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	371	-	-	459	-	-	-	10	-
Grundsteuer A	Mill. DM	8	-	-	8	-	-	-	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	82	-	-	106	-	-	-	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	266	-	-	328	-	-	-	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 738	1 980	-	2 007	-	-	-	2 092	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	959	1 095	-	1 136	-	-	-	1 171	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	704	802	-	799	-	-	-	880	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	21	25	-	25	-	-	-	12	-
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 921	2 088	-	2 180	-	-	-	2 237	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 120	1 247	-	1 312	-	-	-	1 351	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	542	541	-	568	-	-	-	585	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	22	30	-	30	-	-	-	18	-
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	690	-	-	754	-	-	-	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵	Mill. DM	223	-	-	273	-	-	-	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	349	-	-	350	-	-	-	-	-

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite

³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

⁴ nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

⁵ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1991	1992	1992			1993			
	Monatsdurchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet* 1985 = 100									
Einfuhrpreise ¹	82,8	80,1	79,0	78,8	78,9	79,1	78,5	77,6	...
Ausfuhrpreise ¹	103,5	104,5	104,6	104,5	104,2	105,1	105,0	104,7	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ¹	91,0	89,9	89,7	89,4	89,1	88,5	88,0
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ¹	103,4	104,8	105,1	105,1	104,9	104,9	104,8	104,6	...
landwirtschaftlicher Produkte ¹	94,1	...	92,1	91,0	88,9	p 85,0	p 82,9
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	124,3	131,3	132,7	.	.	.	138,0	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	98,3	...	100,3	99,4	99,1	99,9	p 99,1
Einzelhandelspreise	107,1	109,8	109,9	109,9	110,1	112,3	112,1	112,1	112,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte darunter für	110,7	115,1	115,4	115,7	116,1	120,2	120,2	120,3	120,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	108,6	112,1	112,0	111,7	111,6	114,8	114,3	114,0	114,0
Bekleidung, Schuhe	110,1	113,3	113,5	113,9	114,2	116,5	116,6	116,9	117,1
Wohnungsmieten	117,3	123,8	124,6	125,2	125,9	131,4	131,9	132,5	133,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	89,4	89,8	89,7	89,7	90,1	90,9	90,9	90,7	91,3
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	110,5	114,4	114,9	115,1	115,4	118,3	118,5	118,5	118,8
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	866	899	.	.	918	947
darunter Facharbeiter	907	948	.	.	967	994
weibliche Arbeiter	605	640	.	.	651	671
darunter Hilfsarbeiter	578	610	.	.	623	639
Bruttostundenverdienst									
männliche Arbeiter	21,82	22,93	.	.	23,30	24,29
darunter Facharbeiter	22,98	24,31	.	.	24,69	25,63
weibliche Arbeiter	15,64	16,74	.	.	17,04	17,83
darunter Hilfsarbeiter	14,88	15,88	.	.	16,18	16,84
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	39,7	39,2	.	.	39,4	39,0
weibliche Arbeiter (Stunden)	38,7	38,2	.	.	38,2	37,6
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	5 254	5 577	.	.	5 664	5 842
weiblich	3 672	3 867	.	.	3 946	4 021
Technische Angestellte									
männlich	5 393	5 712	.	.	5 796	6 003
weiblich	3 629	3 854	.	.	3 949	4 054
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 190	4 475	.	.	4 547	4 745
weiblich	2 967	3 132	.	.	3 190	3 347
Technische Angestellte									
männlich	4 198	3 946	.	.	3 975	4 177
weiblich	(2 829)	3 094	.	.	3 047	3 231
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 539	4 808	.	.	4 885	5 082
weiblich	3 192	3 330	.	.	3 394	3 537
Technische Angestellte									
männlich	5 323	5 453	.	.	5 529	5 758
weiblich	3 612	3 725	.	.	3 795	3 929

¹ ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

² Die Zahlen ab Januar 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den davorliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar

Hinweis: * Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

**Kreiszahlen
Schleswig-Holstein**

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.04.1993			Bevölkerungsveränderung im April 1993			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Okt. 1993 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres-Monat ¹						
in %									
FLENSBURG	87 537	+ 0,1	+ 0,3	- 15	59	44	27	-	30
KIEL	249 377	+ 0,0	+ 0,7	- 43	82	39	123	1	148
LÜBECK	217 302	- 0,1	+ 0,6	- 98	- 52	- 150	100	-	127
NEUMÜNSTER	81 797	- 0,0	+ 0,6	- 33	- 4	- 37	44	-	54
Dithmarschen	131 683	+ 0,0	+ 1,0	9	56	65	64	3	86
Hzgt. Lauenburg	165 409	+ 0,1	+ 1,7	- 14	128	114	58	4	81
Nordfriesland	155 847	+ 0,2	+ 1,1	7	231	238	79	4	116
Ostholstein	194 160	+ 0,1	+ 1,2	- 64	229	165	78	1	92
Pinneberg	277 162	+ 0,0	+ 1,4	- 16	87	71	140	-	182
Plön	122 681	- 0,8	+ 0,6	- 40	- 920	- 960	52	-	78
Rendsburg-Eckernförde	252 557	+ 0,0	+ 1,2	3	12	15	122	5	145
Schleswig-Flensburg	183 683	+ 0,1	+ 1,0	- 3	205	202	76	1	97
Segeberg	228 894	+ 0,1	+ 1,7	- 12	281	269	111	5	153
Steinburg	131 037	- 0,4	+ 1,3	- 13	- 553	- 566	63	3	80
Stormarn	203 776	+ 0,0	+ 1,3	- 27	87	60	112	2	144
Schleswig-Holstein	2 682 902	- 0,0	+ 1,1	- 359	- 72	- 431	1 249	29	1 613

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.07.1993		
	Betriebe am 31.10.1993	Beschäftigte am 30.10.1993	Umsatz ⁴ im Okt. 1993 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	71	9 058	241	42 748	37 906	433
KIEL	129	20 105	356	118 035	104 894	421
LÜBECK	136	18 750	532	104 216	92 578	426
NEUMÜNSTER	73	8 930	117	44 124	38 950	476
Dithmarschen	76	7 237	349	82 426	67 414	512
Hzgt. Lauenburg	109	8 121	142	100 127	86 769	525
Nordfriesland	56	3 098	98	98 699	81 140	521
Ostholstein	89	6 755	173	112 332	96 768	499
Pinneberg	213	20 068	460	161 580	140 611	507
Plön	48	2 963	58	71 352	60 545	490
Rendsburg-Eckernförde	133	9 547	185	152 207	128 358	508
Schleswig-Flensburg	78	5 143	141	113 881	93 410	509
Segeberg	204	19 730	484	153 568	131 619	576
Steinburg	84	9 076	229	80 547	66 778	507
Stormarn	182	20 448	516	128 678	112 931	554
Schleswig-Holstein	1 679	169 029	4 078	1 564 520	1 340 689	500

1 nach dem Gebietsstand vom 28.02.1993

2 einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3 Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 ohne Umsatzsteuer

5 Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

6 einschließlich Kombinationskraftwagen

7 Bevölkerungsstand: 31.03.1993

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 31.12.1992		Arbeitslose Ende Okt. 1993			Kurz- arbeiter Mitte Okt. 1993	offene Stellen Ende Okt. 1993	Be- schäftigte am 31.08.1993	Umsatz ³ im Aug. 1993	
	in 1 000	Veränderung ¹	in 1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				in 1 000	in 1 000
		%		%	%					
Baden-Württemberg	10 148,7	+ 1,5	303 792	47,2	6,8	164 534	30 398	1 383	25 155	28
Bayern	11 770,3	+ 1,5	325 766	37,9	6,4	125 339	50 422	1 328	24 546	29
Berlin	3 465,7	+ 0,6						190	4 975	12
Brandenburg	2 548,5	+ 0,2	181 564	4,4	15,4	19 475	5 391	115	1 356	8
Bremen	685,8	+ 0,3	38 147	18,9	12,9	6 524	1 803	78	1 900	39
Hamburg	1 688,8	+ 1,2	65 300	18,6	8,9	7 943	4 467	126	8 201	12
Hessen	5 922,6	+ 1,5	187 247	33,0	7,4	62 640	16 388	594	11 080	28
Mecklenburg-Vorpommern	1 864,8	- 1,4	147 606	1,4	17,0	6 229	3 785	53	626	9
Niedersachsen	7 577,5	+ 1,4	316 526	28,5	10,1	60 078	19 951	629	14 785	25
Nordrhein-Westfalen	17 679,2	+ 1,0	732 426	23,6	10,0	161 493	45 159	1 832	37 443	25
Rheinland-Pfalz	3 881,0	+ 1,6	122 684	36,8	7,8	35 269	14 699	355	7 649	32
Saarland	1 084,0	+ 0,7	50 184	29,0	11,8	15 378	3 092	122	2 023	25
Sachsen	4 641,0	- 0,8	327 587	9,6	15,4	46 253	11 018	239	2 443	13
Sachsen-Anhalt	2 797,0	- 0,9	232 599	12,0	17,8	29 162	7 272	159	1 796	11
Schleswig-Holstein	2 679,6	+ 1,2	94 764	20,5	8,4	11 816	8 352	172	3 917	22
Thüringen	2 545,8	- 1,0	196 990	9,4	16,6	30 542	4 644	121	1 172	10
Bundesrepublik Deutschland	80 980,3	+ 0,9						7 497	149 067	25
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	65 289,2	+ 1,2	2 358 847	28,9	8,5	659 666	201 189	6 770	141 300	26
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 691,1	- 0,6	1 165 736	6,2	16,0	135 124	37 468	727	7 767	11

Bundesland	Bauhauptgewerbe			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Juli 1993		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im Aug. 1993				
	Beschäftigte am 31.07.1993	Baugewerblicher Umsatz ³ im Juli 1993			Zahl der genehmigten Wohnungen im Juli 1993	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte	
		in 1 000	Mill. DM	Ver- änderung ¹				Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹
	%			%	%						
Baden-Württemberg	176	2 366	- 9,0	10 156	1 041 985	4 209 110	- 2,8	3 832	- 12,1	5 258	137
Bayern	252	3 876	+ 0,6	11 610	2 064 620	8 982 530	- 3,8	5 655	- 3,3	7 775	137
Berlin	62	940	+ 6,2	p 1 347	233 692	582 595	- 7,8	1 644	- 8,1	1 929	117
Brandenburg	52	550	+ 18,7	p 1 516	124 122	462 622	+ 4,9	1 405	+ 1,5	1 937	138
Bremen	11	175	+ 10,5	181	41 453	75 522	- 8,0	328	- 14,8	374	114
Hamburg	22	421	+ 2,6	p 935	188 924	344 154	- 3,7	820	- 13,0	1 090	133
Hessen	91	1 389	+ 9,1	4 061	708 774	2 670 431	- 3,5	2 165	- 22,1	2 986	138
Mecklenburg-Vorpommern	41	480	+ 19,1	p 883	293 564	1 288 377	+ 7,5	947	+ 7,1	1 348	142
Niedersachsen	120	1 730	- 2,4	5 997	792 195	3 942 753	- 3,3	3 948	- 5,0	5 278	134
Nordrhein-Westfalen	235	3 305	- 3,1	8 231	867 878	3 101 050	- 5,6	6 212	- 2,4	8 085	130
Rheinland-Pfalz	60	855	- 3,8	3 428	522 925	1 895 869	- 7,0	1 646	+ 2,9	2 180	132
Saarland	17	254	+ 0,1	603	47 176	167 971	- 5,6	397	- 9,2	541	136
Sachsen	86	1 011	+ 28,5	p 1 101	210 192	696 213	+ 5,0	1 466	- 5,5	1 974	135
Sachsen-Anhalt	81	971	+ 9,8	p 1 441	104 700	323 847	+ 13,0	1 139	+ 6,0	1 552	136
Schleswig-Holstein	45	618	+ 2,5	2 124	523 381	3 615 699	- 3,9	1 551	- 8,3	2 050	132
Thüringen	57	742	+ 53,5	p 1 425	189 558	581 935	+ 5,9	886	- 2,9	1 237	140
Bundesrepublik Deutschland	1 407	19 683	+ 2,9	p 55 039	7 955 139	32 940 678	- 3,1	34 891	- 3,5	46 709	134
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 071	15 718	- 1,3	p 48 175	6 974 254	29 438 531	- 4,1	28 407	- 4,7	37 871	133
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	336	3 964	+ 23,7	p 6 864	980 885	3 502 147	+ 6,4	6 484	+ 2,3	8 838	136

1 gegenüber Vorjahresmonat

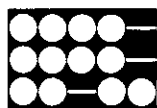
2 Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3 ohne Umsatzsteuer

4 Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

5 in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

6 schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen



Statistische Kurzinformationen

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Fröbelstraße 15-17, 24113 Kiel, Postanschrift: Postfach 11 41, 24100 Kiel, Tel.: (04 31) 68 95-0, Telefax: (04 31) 68 95-4 98, Btx: * 44450 #

Nr. 959

Kiel, den 30. Dezember 1993

Sehr hoher Zuckerrübenenertrag

Nach den endgültigen Ernteschätzungen der amtlichen Ernteberichterstatte des Statistischen Landesamtes erzielten Schleswig-Holsteins Zuckerrübenanbauer einen durchschnittlichen Hektarertrag von 505 dt. Dies war der bisher höchste Zuckerrübenenertrag des Landes; er war um 6 % höher als 1992 und übertraf den Durchschnitt der letzten sechs Jahre um 13 %. Trotz einer auf 15 400 ha leicht eingeschränkten Anbaufläche war auch die Erntemenge mit 780 000 t Zuckerrüben geringfügig größer als im Vorjahr.

Die Fläche mit Futterrüben hat sich in den zurückliegenden 10 Jahren auf ein Viertel verringert. Auf einer Anbaufläche von nur noch 2 000 ha wurden bei einem ebenfalls überdurchschnittlichen Hektarertrag von 870 dt gut 160 000 t Runkelrüben geerntet.

Der derzeitige Wachstumsstand der Winterfeldfrüchte - Wintererbsen, Wintergerste, Winterweizen - wird schlechter beurteilt als im Vorjahr. Kalte und regenreiche Witterung beeinträchtigten die Bestellung und den Aufwuchs im Herbst.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- △ = entspricht

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel